



**netzwerk
recherche**

RECHERCHE FORDERN UND FÖRDERN.

recherche
netzwerk





**netzwerk
recherche**

RECHERCHE FORDERN UND FÖRDERN.

Zielsetzung

Zielsetzungen für das „netzwerk recherche“

1. Das „netzwerk recherche“ verfolgt das Ziel, die journalistische Recherche in der Medien-Praxis zu stärken, auf ihre Bedeutung aufmerksam zu machen und die intensive Recherche vor allem in der journalistischen Ausbildung zu fördern.
2. Zu diesem Zweck entwickelt das „netzwerk recherche“ Ausbildungskonzepte für die Recherche-Ausbildung, vermittelt Referenten und berät Institutionen der journalistischen Aus- und Weiterbildung in der Gestaltung und Umsetzung entsprechender Ausbildungskonzepte. Das „netzwerk recherche“ veranstaltet zudem eigene Recherche-Seminare sowie Modellseminare zu verschiedenen Themen.
3. Das „netzwerk recherche“ bietet ein Recherche-Mentoring für jüngere Kolleginnen und Kollegen an, um in einem intensiven Beratungs- und Austauschprozeß über jeweils ein Jahr einen entsprechenden Wissens-Transfer von erfahrenen Rechercheuren zu interessierten Kolleginnen und Kollegen zu organisieren.
4. Das „netzwerk recherche“ fördert den umfassenden Informationsaustausch zum Thema „Recherche“ und bietet seinen Mitgliedern entsprechende Foren an. Im Internet wird durch entsprechende newsletter die Kommunikation untereinander gefördert. Der Austausch über Projekte, konkrete Rechercheerfahrungen etc., aber auch der Hinweis auf Weiterbildung und entsprechende Serviceangebote soll hier möglich sein.
5. Das „netzwerk recherche“ beteiligt sich am internationalen Austausch entsprechender Journalisten-Organisationen in Europa und in Übersee.
6. Das „netzwerk recherche“ vergibt einmal im Jahr einen Preis für eine aussergewöhnliche Recherche-Leistung, die Themen und Konflikte beleuchtet, die in der Öffentlichkeit bislang nicht oder nicht ausreichend wahrgenommen wurde: Der Leuchtturm-Preis für besondere publizistische Leistungen.
7. Die Mitglieder des Netzwerkes setzen sich dafür ein, dass die Möglichkeiten der Recherche nicht eingeschränkt werden.
Das „netzwerk recherche“ äußert sich öffentlich zu Fragen der Recherche und der Bezüge zur journalistischen Qualität, wenn Begrenzungen oder Einschränkungen der Pressefreiheit festgestellt werden.
8. Das „netzwerk recherche“ arbeitet mit anderen Journalisten Organisationen und Gewerkschaften zusammen, die im Grundsatz ähnliche Ziele verfolgen und ebenfalls dazu beitragen, den Aspekt der Recherche im Journalismus stärken um so die Qualität der Medien insgesamt zu verbessern.
9. Das „netzwerk recherche“ trifft sich einmal im Jahr zu einem Jahreskongress und erörtert jeweils aktuelle Tendenzen im Umfeld des „Recherche-Journalismus“ und setzt sich hier mit zentralen Themen im Zusammenhang mit der journalistischen Recherche und konkreten Fallbeispielen auseinander. Jedes Jahr wird ein „Infoblocker“ aus Politik oder Wirtschaft mit der „Verschlossenen Auster“ ausgezeichnet.
Regionale Untergliederungen ermöglichen den Austausch in bestimmten Regionen.
10. Das „netzwerk recherche“ ist politisch unabhängig und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Der Zusammenschluß der Journalisten hat den Status der Gemeinnützigkeit erhalten. Die laufende Arbeit und die Projekte des „netzwerkes“ werden durch Spenden und Mitgliedsbeiträge (mindestens 60 Euro im Jahr) finanziert.

www.netzwerkrecherche.de

info@netzwerkrecherche.de



INHALT

6

Die Fackel der Aufklärung
Von Oliver Schröm und Markus Grill

8

Der Stachel im Journalisten-Sitzfleisch
Von Tom Schimmeck

14

Die falsche Kindersoldatin
Von Julia Saldenholz

16

Im Rotlichtmilieu von Hannover
Von Christine Kröger

18

Bertelsmann Republik Deutschland
Von Thomas Schuler

20

Das Rätsel um die Stiftung Sonnenschein
Von Hans Leyendecker

23

Der UEFA-Skandal
Von Oliver Schröm

26

Neonazis auf der Spur
Von Andrea Röpke

28

Wer feuerte die Bombe von Kunduz?
Von John Goetz

30

Der Lidl-Skandal
Von Markus Grill

32

Gesucht wird: Dottore Cenni in Venedig
Von Egmont R. Koch

34

Die geheime Liste der Stasi-Gebäude
Von David Crawford

36

In den Gängen des Arbeitsamtes
Von Julia Friedrichs

38

In gefährlicher Grauzone
Von Volker Lilienthal

40

Die Stadt, das Gift und der Bayer-Konzern
Von Gert Monheim

42

Doping-Recherchen in China
Von Hajo Seppelt

44

Gift im Wasser
Von David Schraven

46

Millionär auf Staatskosten
Von Renate Daum

48

Missstände in einem Münchner Pflegeheim
Von Bernd Kastner

50

Amtsgeheimnis ade: Behörden müssen Akten öffnen
Von Manfred Redelfs

53

Fünf Jahre Medienkodex: Leitfaden für Grundlagen
Von Steffen Grimberg

54

Das vergessene Land
Von Astrid Geisler

DIE FACKEL DER AUFLÄRUNG

Von Oliver Schröm und Markus Grill

Im März 2001 trafen sich in einem etwas heruntergekommenen Wellnesshotel in der Eifel vierzig Journalisten, die sich der investigativen Recherche verschrieben hatten. Unter ihnen waren Hans Leyendecker („Süddeutsche Zeitung“) und Georg Mascolo („Der SPIEGEL“) sowie Michael Jungmann („Saarbrücker Zeitung“) und Michael Fröhlingsdorf (damals „Trierer Volksfreund“). Thomas Leif vom „SWR“ hatte das Treffen organisiert und dafür gesorgt, dass diese Journalisten für ein Wochenende ihre Konkurrenz im Alltag vergessen und gemeinsam überlegen, wie sie den investigativen, also den aufdeckenden und aufklärenden, Journalismus in Deutschland stärken könnten.

Mehr als zehn Jahre nach dieser inzwischen schon legendären Gründungsversammlung des „netzwerk recherche“ ist der Verein heute auf mehr als 600 Mitglieder angewachsen. Seine Fachkonferenzen über „Quellen“ oder „Online-Recherche“ und die Jahreskonferenz in Hamburg unterscheiden sich in jeder Hinsicht von den Glitzer-Kongressen der Medien-Szene und haben sich nicht nur für junge Journalisten zum interessantesten Branchentreffen im deutschsprachigen Raum entwickelt.

Alles in Butter also, Mission erfüllt? Danach sieht es nur oberflächlich aus. Zwar ist die Rechercheförderung zehn Jahre nach Gründung des Netzwerks in aller Munde, rund ein Dutzend Investigativ-Abteilungen sind in den vergangenen Jahren in verschiedenen Medienhäusern entstanden. Doch dies ist nur die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite sind die unübersehbar bedenklichen Trends in den Medien: der zunehmende Alarmismus, die Quotenjagd, die Gier nach Klicks und, wie Heribert Prantl das

genannt hat, der „Kikeriki-Journalismus“, der auf Effekthascherei aus ist. All diese Tendenzen vergiften das Klima für jenen Teil des Journalismus, der sich in der Tradition der Aufklärung sieht. Denn auch wenn manche Chefredakteure und Ressortleiter das bis heute missverstehen: „investigativ“ heißt nicht, eine möglichst skandalträchtige Schlagzeile zu produzieren oder von anderen Medien möglichst oft zitiert zu werden. Das sind allenfalls willkommene Begleiterscheinungen. „Investigativ“ arbeiten heißt vor allem, die Mühen der Ebene nicht zu scheuen, ein gesellschaftlich relevantes Thema hartnäckig zu verfolgen, gegen Widerstände zu recherchieren und dabei neue Erkenntnisse gewinnen. Also Missstände aufdecken, ans Licht zerren, Zusammenhänge herstellen, Übeltäter benennen und gegenüber den Vertuschern und ihren professionellen Helfershelfern einen klaren Kopf zu bewahren.

Dabei sind die Rahmenbedingungen für die Pressefreiheit in Deutschland nach wie vor gut, die Verfassung schützt kritische Medien, auch wenn die Auskunftsrechte hierzulande schlechter sind als in anderen westlichen Demokratien. Das Netzwerk unterstützt in diesem Zusammenhang übrigens seit Jahren Journalisten, die nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) ihre Rechte gegenüber Behörden einfordern und hat mit anderen Organisationen gemeinsam einen Gesetzesvorschlag vorgelegt, wie dieses Recht besser in Anspruch genommen werden kann.

Journalisten werden hierzulande nicht mit dem Leben bedroht oder zusammengeschlagen wie in Russland, der Ukraine oder China. Hierzulande werden aufmüpfige Rechercheure lediglich von PR-Strategen und Lobbyisten bedrängt, von Winkeladvokaten, die sich in ihrer Schamlosigkeit auch noch „Presserecht-

ler“ nennen. Und auch von manchen windschnittigen Karrieristen in den eigenen Redaktionen, für die der Inhalt dessen, was sie senden oder drucken, ziemlich beliebig ist.

Um so wichtiger ist es für investigative Journalisten, sich unter Gleichgesinnten zu verständigen, neue Recherchemethoden kennen zu lernen und sich inhaltlich auszutauschen. Diesen Austausch unter seinen mehr als 600 Mitgliedern zu organisieren und zu fördern betrachtet das Netzwerk als seine wichtigste Aufgabe. Auf den folgenden Seiten geben Netzwerk-Mitglieder einen Einblick, wie ihre Enthüllungsgeschichten entstanden sind, welche Hindernisse sie überwunden haben und welche Folgen die Aufdeckung hatte. Daneben vergeben wir seit Jahren Stipendien vor allem an junge Journalisten, die spannende Themen recherchieren wollen, dafür aber keine Unterstützung finden.

„Recherche fordern und fördern“ lautet seit Beginn unser Credo. Mit seinen klaren Positionen und seinem Kodex eckt der Verein aber

auch innerhalb der Medienbranche an. Vor allem der für uns selbstverständliche Satz „Journalisten machen keine PR“ hat zu heftigen Debatten geführt, vielleicht weil er nur als Anklage gegen jene Freiberufler gedeutet wurde, die eben doch PR machen. Gleichwohl hat dieses Gebot einen zweiten Adressaten: Verlage und Rundfunkanstalten sind dafür verantwortlich, Journalisten so zu bezahlen, dass die es sich leisten können, auf PR-Jobs zu verzichten.

Nach einem Jahrzehnt Aufbauarbeit erkennen wir, wie wichtig es ist, unser Anliegen auf eine stabile Basis zu stellen. Deshalb gründet „netzwerk recherche“ eine Stiftung mit dem Ziel, die Förderung von hochwertigem Recherchejournalismus langfristig zu sichern. Im Jahr 2011 fand die Jahreskonferenz des Netzwerks in Hamburg unter dem Motto statt „Sisyphos war ein glücklicher Mensch.“ Investigative Journalisten wollen immer wieder die Kugel nach oben rollen, weil sie nicht anders können. Wir wollen, so gut wir können, die Fackel der Aufklärung weitertragen.

Oliver Schröm, 48, leitet das Team Investigative Recherche des „stern“ und ist 1. Vorsitzender von netzwerk recherche e. V.



Markus Grill, 44, arbeitet als Reporter beim „Spiegel“ und ist 2. Vorsitzender von netzwerk recherche e. V.



DER STACHEL IM JOURNALISTEN-SITZFLEISCH

Eine Festrede zu 10 Jahren netzwerk recherche von Tom Schimmeck

Meine Damen und Herren, liebe Festgemeinde, am Anfang war das Wort. Im Falle von netzwerk recherche in Form eines Buches: „Leidenschaft Recherche“. Anno 1999. Das schon im Klappentext den Missstand formulierte, der bis heute nicht behoben ist: „Im publizistischen Alltag ist die Recherche eine seltene Leidenschaft: Termin- und Arbeitsdruck, aber auch die unzureichende Kenntnis von professionellen Arbeitstechniken führt dazu, dass Journalisten sich meist auf die Ergänzungsrecherche auf der Grundlage einer Agentur- oder Zeitungsmeldung stützen.“

Das kam daher wie eine Selbstbesinnung auf den hehren Kern des geliebten Berufes. Und manchmal wurde es fast poetisch: „Erst Stille, dann ist Atem zu hören“, schrieb Hans Leyendecker im Vorwort: „Der Laptop zwitschert und piepst. Jemand rutscht auf dem Stuhl herum, klopft mit den Fingern auf der Schreibtischkante einen komplizierten Takt. Dann geht er auf und ab und schnieft ganz laut. Später hämmert er in die Tasten. Kurz gesagt: Da schreibt einer. Warum schreibt einer? Weil er nichts anderes gelernt hat oder weil er es weit bringen will?“

Wenn er es weit gebracht hat, kreiselt er kunstvolle Kritiken im Feuilleton. Es gibt vorzügliche Reporter und in den Wirtschaftsteilen gut informierte Redakteure. Die Deutschen sind Meister im Meinungsjournalismus. Wer den Leitartikel tut, den Fernsehkommentar sprechen darf, hat den Ausweis höchster Kompetenz erreicht. Aber die Zeitung und Sender beschäftigen nur wenige Rechercheure, die Enthüllungsgeschichten liefern wollen. Die Sparte ist chronisch unterbesetzt.“

Diesen Umstand galt es zu ändern. Nein, das Feuilleton sollte nicht geschleift, die eitlen Meinungsfürsten nicht entthront werden. Geplant war eher eine Art Wiederauferste-

hung. Man wollte die Erinnerung daran wachrufen, dass die selbst gewonnene Information, das Hinausgehen und ganz eigenständig Hingucken, das Beschaffen und Durchwühlen von Dokumenten, der Kontakt mit echten Menschen, mit dieser verdammt komplizierten Wirklichkeit außerhalb der vollklimatisierten Redaktionsstuben, das Eigentliche, das Wesentliche, das, wie es neudeutsch heißt: Kerngeschäft des Journalismus ist. Und alles weitere eher wunderhübsches Beiwerk.

Das Buch, herausgegeben von Thomas Leif, bündelte Recherche-Erfahrungen von zwei Dutzend Journalisten. Da wurde robuste Hardware geliefert. Themen wie Aids, Diamanten, Neonazis und der Balkan. Ein Text, da habe ich wirklich gestaunt, befasste sich mit einer „heimlichen Seuche“ namens EHEC, mit Fällen von 1995. Da war das Netzwerk seiner Zeit voraus. Es hatte, könnte man sagen, schon immer eine Schwäche für Erreger.

Man kannte sich.

Einzelkämpfer, Außenseiter.

Manche schon ewig, andere nur flüchtig. Und stellte gemeinsam bald fest, dass jeder Einzelne oft ein bisschen einsam ist. Dass diese Rechercheure, die Spürnasen, die Trüffelschweine in ihren Zeitungen und Sendern eher Solisten sind. Einzelkämpfer. Kaum vernetzt. Was weniger an ihrem ausladenden Ego liegt als an der Rolle, die Rechercheure in den Hierarchien einnehmen. Wie überhaupt alle, die viel „rausgehen“ in die Realität. Sie sind unverzichtbar, klar. Geachtet sowieso, sicher. Aber sie sind eben oft nicht Teil der großen Routine, der ewigen Konferenzen und Kaffeerunden. Sind auch keine Hierarchen. Eher Außenseiter.

„Dazu kam“, schrieb Thomas Leif neulich in einem Rückblick auf die Anfänge, „meine persönliche Erfahrung nach einem Jahrzehnt im Feld des Magazin-Journalismus und der

Feature-Produktion in der ARD. Recherche-Journalismus war auch hier immer wieder bedroht: Fünftes Rad am Wagen, von Presseanwälten und betroffenen Lobbygruppen attackiert, unter Quotendruck und stets im Stahlbad politischer Interessen.“

Und dann, Ende März 2001, traf sich eine etwa 40köpfige Schar – andere Quellen sprechen von „mehr als 35 Journalisten“ – in der Eifel, in einem Kaff namens Simmerath-Erkensruhr, besiedelt seit der römischen Kaiserzeit. Man enterte ein verblissendes Wellness-Hotel, redete und schuf den „netzwerk recherche e.V.“. Über alle journalistischen Klassenschranken hinweg. Am 1. April. Kein Scherz.

Hans Leyendecker war schon dabei, Kuno Haberbush, Christoph Maria Fröhder und natürlich Thomas Leif. Das erste Motto lautete:

„Recherche fordern und fördern.“ „Fordern und fördern“ – das klingt, rückblickend, ein bisschen nach neuer Mitte und Hartz IV.

Eine Satzung war schon entworfen. Und es wurde auch gleich ein Vorstand gewählt. Die Legende besagt, ein gewisser Georg Mascolo habe an jenem Wochenende einige Kandidaten-Namen auf einem Bierdeckel notiert.

Aber – ich sage es für alle anwesenden Jury-Mitglieder des Henri-Nannen-Preises gleich dazu: Ich habe das nur gelesen. Nicht überprüft. Ich war nicht dabei.

Wozu das Ganze?

Was war das, sagen wir mal: Ausgangsideal?

Das große Ziel?

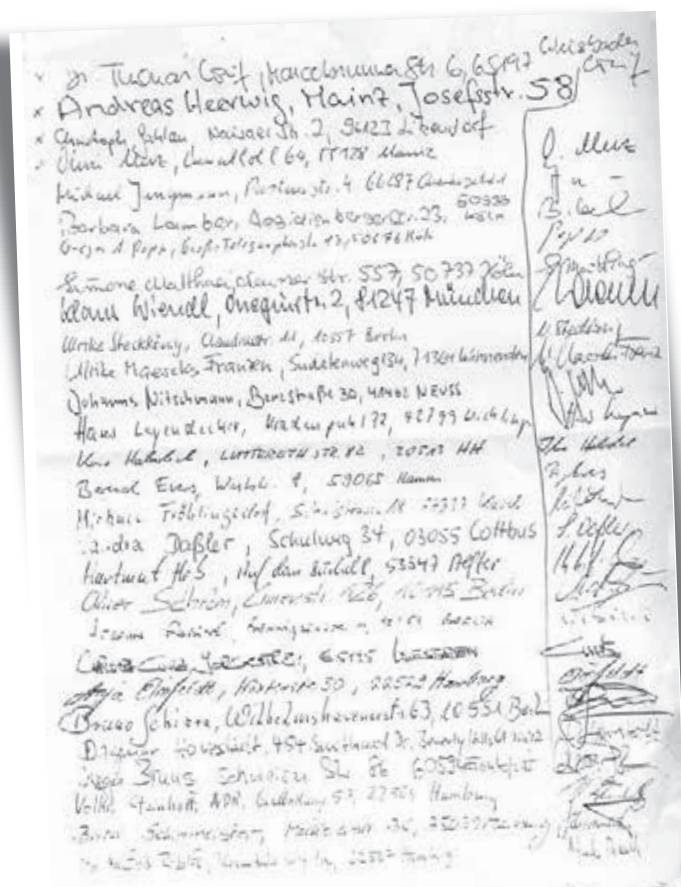
Das Netzwerk, heißt es in den Grundsätzen, „tritt ein für den in Deutschland vernachlässigten recherchierenden Journalismus. Es vertritt die Interessen jener Kollegen, die oft gegen Widerstände in Verlagen und Sendern intensive Recherche durchsetzen wollen.“

Aber es sollte mehr sein als eine Wärmestube für einsame Rechercheure. Der Verein – mit

vollen Namen heißt er übrigens „Netzwerk Recherche – Verein zur Förderung von journalistischer Qualität in der Medienberichterstattung“ – wollte von Anfang an ein Forum sein, ein Ort des Austausches und der Fortbildung. Auch ein Stachel im Journalisten-Sitzfleisch.

Das Netzwerk begann, mit zahllosen Tagungen und Seminaren, mit Studien und Dokumentationen die Analyse, Kritik und Selbstkritik des Journalismus voranzutreiben. Es forciert dabei sozusagen die Recherche in eigener Sache, zum Thema Medien und Öffentlichkeit. Fordert stets mehr Leidenschaft, mehr Haltung, mehr Aufklärung ein. Und hat so eine permanente Qualitätsdebatte vom Zaun gebrochen.

Dieses Netzwerk, das war bald klar, ist eine Truppe, die Ideale hochhält. Die sich selbst und



Teilnehmerliste der Gründungsversammlung von „Netzwerk Recherche“

anderen Feuer unterm Arsch macht. Die die selbstgenügsame Routine in den Verlagen und Sendern durchbrechen will. Die Moden und Macken der Branche aufs Korn nimmt. Und dabei manchmal ziemlich penetrant werden kann.

Das hat nie allen gefallen.

Gewissen Berufsverbänden etwa behagte die Konkurrenz nicht. Und unsere Attitüde – „Wir sind die Guten“ – geht sowieso manchem auf den Geist. Vor allem den Pragmatikern. Jenen, die sich selbst als „Realisten“ sehen. Die nicht fragen, wie man Dinge verändern, verbessern kann. Sondern nur, wie man irgendwie durchkommt.

Einige Journalisten haben sich einen Sport daraus gemacht, uns als versnobte Elitetruppe abzapinseln. Wenn Sie ein bisschen googeln, werden Sie bald auf verlässliche Feinde des Netzwerks stoßen. Auf einen Medienjournalisten etwa, der uns gerne mal als „Clübchen“ bezeichnet, als „Netzwerk Pippi Langstrumpf“, als Häuflein von „im eigenen Saft drehenden Gestrigkeitsfanatikern“. Und dahinter einen – Zitat – „Journalistengeheimbund“ wittert, „der sich teilweise auf dem Niveau des Fähnlein Fieselschweifs bewegt“.

Sie stoßen sicher auch zügig auf ein kunterbuntes, wöchentlich online verbreitetes Organ, das dem Netzwerk regelmäßig und verlässlich einen überbrät. Selbst ich hatte schon mehrfach das Vergnügen, dort Prügel zu beziehen. Vorläufiger Höhepunkt war ein Vergleich meiner Wenigkeit mit Margot Honecker. Das war fast schon wieder lustig. Mit der Zeit kapiert man, dass man so etwas sportlich nehmen muss.

Was aber irritiert, seit Jahren schon: Dass es vor allem ein Thema gibt, bei dem die Emotionen immer wieder hochkochen: Die Unvereinbarkeit von Journalismus und Public Relations. Der „Medienkodex“, jene kurzen zehn Gebote, die das Netzwerk vor fünf Jahren

verabschiedete, sind wohl das bis heute umkämpfteste Dokument. Vor allem der Paragraph fünf, vier Worte, klar und simpel: „Journalisten machen keine PR.“

Der Satz war schon damals heiß umstritten. Und die Debatte flammt immer wieder auf.

Sie nimmt sogar noch an Schärfe zu. Was vor allem ökonomische Gründe hat. Denn in den ersten zehn Lebensjahren des Netzwerks hat sich die Lage vieler Journalisten enorm verschärft. Allen voran derer, die für Tageszeitungen arbeiten. Es gab, gerade auch bei den Top-Blättern, große Entlassungswellen. Pauschalen und Honorare wurden wieder und wieder gekürzt. Immer weniger Journalisten sind festangestellte Kräfte. Immer mehr sogenannte „Freie“, die immer flotter immer mehr Text ausstoßen müssen, um halbwegs über die Runden zu kommen. Das frisst Zeit. Und geht natürlich zu Lasten der Recherche. Es kostet auch Stolz und Würde. Weshalb immer mehr Leute, die eigentlich Journalisten sein wollen, nebenher, oder auch vollberuflich, PR-Arbeit annehmen und für Pressestellen, Agenturen oder Firmenzeitungen arbeiten. Die oft deutlich besser zahlen.

Das geht an die Substanz. Da tut sich eine Front unter Journalisten auf. Die, die es tun, die nebenbei PR machen, fühlen sich irgendwie ertappt, herabgewürdigt, gedemütigt. Die sagen sich: Ooh, wie gerne wäre ich ein prinzipienfester, rundum integrierender, gründlich recherchierender Journalist. Und, wann immer ich es irgendwie schaffe, will ich einer sein. Oft aber ich kann nicht davon leben. Weil mir mein Lokalblatt nur 20 Cent pro Zeile bezahlt. Weil mir mein Lokalradio nur 90 Sekunden gibt. Weil ich als Onliner ohnehin Billiglöhner bin. Zum Teufel mit den hehren Geboten. Ich muss überleben, sagt sich der Journalist in der Zwickmühle. Ich muss pragmatisch sein. Die können mich mal.

Da nerven dann irgendwann diese „Puristen“ vom Netzwerk, die immer die Fahne der Moral hochhalten. Da kommen Aggressionen hoch.

Da ist schnell von den festangestellten Luxusjournalisten die Rede, von alten Posteninhabern, die keine Ahnung haben, was die Generation Praktikum und Zeitvertrag so durchmacht; was es heute heißt, zum journalistischen Prekariat zu gehören. Es ist eine oft sehr harte und persönlich geführte Debatte. Das erleben wir selbst bei den „Freischreibern“, die uns ja freundschaftlich verbunden sind. Im Onlineshop der Journalistenvereinigung „freischreiber“ gab es für kurze Zeit eine „Ethik-Ampel für freie Journalisten“. Das Ding

– ich zitiere mal von der Website – „zeigt zuverlässig an, in welcher Funktion ein Journalist oder eine Journalistin gerade arbeitet.“ Steht die Ampel auf Rot „wird an ordinären Werbe-Texten herumgeschrieben, steht sie auf Gelb, handelt es sich um das feinere Corporate Publishing. Und bei Grün ist der freie Journalist ganz in seinem Element.“

Der Freischreiber-Vorstand, so hörte ich, hat sich fast zerlegt ob dieser „Erfindung“. Wobei das wohl seit der PR-Tagung im Frühjahr erst



Teilnehmer der Gründungsversammlung 2001 in der Eifel.

einmal ausdiskutiert ist. Aber ich bin sicher: Das wird wieder aufbrechen. Die Debatte wird weitergehen.

Was ist erreicht?

Auf der Website des Netzwerks ist das „Rundgespräch“ zum Thema: „Investigativer Journalismus in Deutschland“ dokumentiert, das der Vereinsgründung vorausging. Gut 68 000 Zeichen, ein ziemlicher Riemen. Doch sehr interessant zu lesen. Weil er zeigt, wie mühsam man sich damals an die Themen herantastete. Wie beeindruckt viele waren von den US-amerikanischen Kollegen.

Heute hat das Netzwerk Recherche genau 555 Mitglieder! Da ist ein Forum entstanden, wo man intensiv über die eigene Arbeit reden kann. Ein Ort, wo Konkurrenten kooperieren. Wo es mal nicht in erster Linie um die tolle Schreibe geht, – jaa, die ist auch wichtig –, sondern um die Tücken und Tricks im recherchierenden Alltag. Ums Handwerk. Wo man sich Mut macht und lernt, wie man dranbleibt, wie man Quellen auftut. Was man etwa wie aus den Tiefen des Datenozeans fischen kann.

Das Netzwerk setzt Standards. Es vergibt einen Positivpreis, den „Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen“, mit dem hervorragende Journalistenleistungen gewürdigt werden sollen. Und einen Negativpreis, die „Verschlossene Auster“. Den haben schon Otto Schily und der Bahnchef Mehdorn, Wladimir Putin und die Katholische Kirche bekommen. Wenn die Gekrönten den Schneid haben zu kommen, entstehen sogar interessante Kontroversen. Wir haben das im letzten Jahr hier im Fall der Katholischen Kirche erlebt.

Dieser kleine Verein hat zugleich das Bewusstsein der Medienwelt nachhaltig verändert. Er bewahrt sie vor Realitätsverlust. Weil er immer wieder die Strukturen durchleuchtet. Weil er die so laut bejammerte Medienkrise kritisch begleitet, das Versagen der Verlage genauso

thematisiert wie den Quotenwahn der Anstalten. Weil er die Mechanismen des Herdentriebs offenlegt. Und, stets aufs Neue, die Tricks der PR, der wachsenden Spin-Industrie. Weil er, wieder und wieder, die Frage aufwirft: Was behindert die Recherche? Was torpediert unsere gute Arbeit? Unseren Journalismus, der uns lieb und teuer ist, den wir alle machen wollen, mit Spaß und Leidenschaft. Weil er so viel mehr bedeutet als das Vollmachen von Seiten und Sendeflächen. Und garantiert nichts gemein hat mit dem von Medienmanagern und Controllern ersonnenen multifunktionalen, crossmedialen Billig-Journalismus, der nur noch Marketing „veredelt“.

Was fehlt?

Ist irgendwann alles gesagt? Endet dann die Debatte? Niemals. Weil es immer neue Herausforderungen gibt. Weil Journalismus jeden Tag wieder Tolles vollbringt und unglaubliches Unheil anrichtet. Und weil der Nachwuchs – und nicht nur der – immer wieder neu lernen muss, wie unverzichtbar es ist, dass Journalisten ran müssen an die Wirklichkeit – Hingehen müssen, gucken, nachfragen, nachlesen, RECHERCHIEREN. Journalismus, hat Hans Leyendecker mal gesagt, „ist nicht nur Broterwerb, sondern man hat auch eine Vorstellung von den Dingen, wie sie ungefähr laufen sollten.“

Andererseits könnte man nach zehn Jahren resümieren: Es ist eigentlich alles gesagt. Und staunt als Medienkritiker immer wieder, wie viele offene Türen man einrennt.

Man geht zu den Hauptstadtjournalisten nach Berlin. Und die selbst erzählen einem sehr präzise, wie absurd die journalistischen Mechanismen wirken, wie verrückt die Erregungsspiralen drehen. Und kommen doch nicht raus aus diesem Tanz.

Man geht zu den Sportjournalisten und veralbert ihre immer gefühligere Masche. Weil die jetzt ständig live fragen müssen, wie toll sich wer fühlt und alle fünf Minuten jubeln müs-

sen, wie super die Stimmung grad wieder ist. Und sie lachen und sagen: Ja, das ist albern. Man geht hin zu den Börsenjournalisten in Frankfurt und sagt ganz frech: Ihr macht hier doch nur Show, vor künstlicher Kulisse. Jodelt den Dax rauf und runter. Und die sagen: Ja genau. Und es ist scheußlich.

Ich glaube, die meisten Journalisten wissen heute recht genau, was sie tun. In welchen Zwängen sie stecken. Individuell aber fehlt ihnen die Macht und die Kraft, etwas zu verändern.

Was ich mir für die Zukunft wünsche: Dass dieses Netzwerk möglichst vielen die Kraft gibt, den besten Journalismus zu machen, zu dem sie fähig sind. Und dass dem Netzwerk diese Mischung aus Handwerk plus Haltung weiter gelingt.

Denn wir brauchen, gerade in der globalen, superkomplexen Wikileaks-Ära, mehr recherchierenden Journalismus denn je. Mehr Wissen. Mehr Können. Mehr Einordnung und Gewichtung. Und, ja, es gibt auch im heutigen „Mediengewitter“ unglaublich viel guten Journalismus.

Tom Schimmeck, 52,
Autor und Journalist.

Er ist seit 2005
Mitglied bei
netzwerk recherche e. V.



GIOVANNI DI LORENZO, CHEFREDAKTEUR „DIE ZEIT“:

„Ich unterstütze das Netzwerk Recherche, weil es selbst für ein meinungszentriertes Blatt wie die ZEIT unerlässlich ist, durch harte Fakten Glaubwürdigkeit und Autorität zu behaupten. Wer publizistisch Zähne zeigen will, der braucht mehr denn je: Recherche.“

DIE FALSCHEN KINDERSOLDATIN

Von Julia Saldenholz

Für die Medien war es die ideale Geschichte: eine attraktive junge Frau mit einer berührenden, dramatischen Vergangenheit als Kindersoldatin. Die Zeitungen machten Senait Mehari zum Star, sie wurde Botschafterin von Hilfsorganisationen und war Dauergast in den Talkshows dieser Fernsehrepublik. Ihr Buch „Feuerherz“ wurde ein Bestseller. Doch keiner hatte je die entscheidende Frage gestellt: ist die Geschichte der schönen Kindersoldatin wirklich wahr?

Genau diese Frage wollten Peter Disch, damals freier Journalist, und ich, damals freie Autorin bei ZAPP, beantworten.

Die Recherche war kompliziert. Wie weist man jemandem nach, dass er etwas nicht war? Wie recherchiert man, was sich vor etwa dreißig Jahren im fernen Eritrea abspielte? Eines war klar: Sollte sich unser Verdacht erhärten, würde es Ärger geben. Journalisten lassen sich nicht gerne kritisieren und die Geschichte von der „falschen Kindersoldatin“ wäre auch eine Anklage gegen die Medien. Gegen Journalisten vom SPIEGEL bis zu BILD, vom NDR bis zur FAZ, die sich eine vermeintlich gute Geschichte zu schnell zu eigen machen, die nicht nachfragen und die kritischen Stimmen zu wenig Gehör schenken. Denn diese kritischen Stimmen gab es, als Senait Mehari in ihrem Buch „Feuerherz“ ihre Kindheit in einem Ausbildungslager „Camp Tsebah“ für Kindersoldaten im eritreischen Befreiungskampf beschreibt. Ein Leben voller Gewalt, Hunger und Entbehrungen. Senait Mehari lässt sich von einer Agentur managen, ihr Gesicht erscheint großflächig in vielen Zeitungen. Nicht abgedruckt werden die Leserbriefe, die auf viele Artikel folgen. Ihre Geschichte sei nicht wahr, behaupten die Briefschreiber, Senait Mehari sei eine Lügnerin.

Senait Mehari schreibt in ihrem Buch auch über eine grausame Kommandantin Agawegatha, die Kinder getötet habe.

Wir treffen diese Agawegatha, diese angebliche Mörderin. Auch sie ist nach Deutschland geflohen, lebt mitten unter uns. Wir erleben eine schüchterne, zurückhaltende Frau, die in einer Frankfurter Kantine arbeitet und eine kleine Hochhauswohnung bewohnt. Es dauert eine Weile bis sie sich uns öffnet und erzählt, was sie durchgemacht hat, als Senait Mehari Buch erschien. Sie sei keine Kommandantin gewesen, sondern ein Kind, das zur Schule gegangen sei, sagt sie. Agawegatha erzählt von der Ohnmacht, die sie empfand, dem Gefühl, als einfacher Flüchtling nicht gegen Senait, den omnipräsenten Medienliebling, anzukommen.

Wir treffen andere Eritreer, die ihre Kindheit zusammen mit Senait Mehari verbracht haben und die unisono beteuern, das von Senait Mehari beschriebene Camp Tsebah sei kein Ausbildungslager für Kindersoldaten, sondern eine ganz normale Schule gewesen.

Ist das, was uns die vielen Eritreer erzählen, wahr oder hat Senait Mehari recht, die sagt, ihre Kritiker seien vom eritreischen Geheimdienst bezahlt, der verhindern wolle, dass etwas schlechtes über Eritrea verbreitet werde? Wir sprechen mit Wissenschaftlern, die über Eritrea und den Befreiungskampf in den siebziger Jahren forschen. Wir fragen, ob sie es für möglich halten, dass es damals dort Kindersoldaten gegeben haben könnte. Alle von uns befragten Wissenschaftler halten das für unwahrscheinlich. Auch internationale Organisationen wie Amnesty International, „The Coalition to stop the use of Child Soldiers“, terre des homes, die Uno und Unicef haben keine Informationen über Kindersoldaten in Eritrea. Jedem noch so vagen Hinweis auf Kindersoldaten in Eritrea gehen wir nach, finden aber keine Belege dafür. Heißt das, es hat keine Kindersoldaten in Eritrea gegeben? Wir sind uns nicht sicher. Wir wollen heraus-

finden, was es mit dem von Senait Mehari beschriebenen Camp auf sich hat. In Archiven finden wir alte Aufnahmen aus Eritrea – auch aus der Tsebah Schule. Sie zeigen Kinder beim Lernen und Spielen. Die Filme stammen von Christina Björk, die heute Direktorin des schwedischen Bildungsfernsehens ist. Wir fragen nach. Die Wachleute hätten Waffen getragen, es war schließlich Krieg, erklärt uns Christina Björk. Bei den Kindern und Lehrern aber hätte sie nie Waffen gesehen. Sie zeigt uns ihre Fotos von damals. Die Bilder bestätigen die Aussagen unserer Augenzeugen und sie zeigen Agawegatha – ein Mädchen von 13 oder 14 Jahren, das nichts gemein hat mit der grausamen Kommandantin aus Senait Meharis Buch.

Weder Senait Mehari, noch ihr Verlag, ihr Management oder die sie unterstützende Hilfsorganisation „Weißes Friedensband“ kann uns Belege für die Richtigkeit von Senait Meharis Aussagen nennen. Im ZAPP-Interview gibt sie schließlich zu, sie sei nie an der Front gewesen, würde sich selbst nicht als Kindersoldatin bezeichnen. Die Medien hätten die Geschichte aufgebauscht.

Nach wochenlanger intensiver Recherche senden wir den Film. Das Medienecho ist gewaltig. Manche Zeitungen, die vorher die „schöne

Senait“ bejubelt haben, schreiben jetzt voller Abscheu über die „falsche Kindersoldatin“. Andere wie FAZ oder Berliner Zeitung wollen sich nicht korrigieren, attackieren lieber ZAPP.

Heftige Kritik kommt auch aus dem eigenen Haus, dem NDR und der ARD. Ausgerechnet die Magazine und Talkshows, die Senait Mehari jahrelang alles geglaubt haben, nie etwas hinterfragt haben, werfen ZAPP nun vor, die Glaubwürdigkeit der Zeitzeugen und Wissenschaftler nicht überprüft zu haben. Der Chefredakteur einer ARD-Anstalt fragt gar nach, wer eigentlich das Gehalt der ZAPP-Autoren bezahle. Wir beantworten die Briefe ausführlich, liefern Fakten und Belege und dokumentieren alles auf der Homepage von ZAPP.

Und heute, nach all den ZAPP-Recherchen: Der Verlag „Droemer-Knaur“ hat den Bestseller „Feuerherz“ vom Markt genommen und wesentliche Aussagen öffentlich widerrufen. Senait Mehari wurde gerichtlich untersagt, ihre Lügen weiter zu verbreiten. FAZ und Berliner Zeitung mussten ihre Berichterstattung korrigieren. Agawegatha hat ein Schmerzensgeld erhalten. Bis zum Schluss konnte Senait Mehari keine Belege für ihre Aussagen vorlegen. So wurden die Gerichtsurteile gegen sie auch zum peinlichen Debakel für die Medien. Recherche lohnt sich. Immer.

Julia Saldenholz, 35, arbeitet beim Norddeutschen Rundfunk.

Sie ist seit 2003 Mitglied bei netzwerk recherche e. V.



HERIBERT PRANTL, MITGLIED DER CHEFREDAKTION „SÜDDEUTSCHE ZEITUNG“:

„Die Zukunft des Journalismus liegt im Journalismus. Und Journalismus besteht aus Recherche und Leidenschaft. Das Netzwerk Recherche steht für beides – also auch für die Zukunft.“

Als ich Anfang 2009 auf die Justizaffäre um den Hannoveraner Staatsanwalt Uwe Görlich und das Schicksal des ehemaligen Polizeispitzels Bernd Kirchner stieß, hatte ich bereits

66. JAHRGANG - NR. 11
EINZELPREIS 1,10

Ich war skeptisch, doch dann erwähnte ein Informant konkrete Namen, und ich hakte nach. Ich bohrte so lange, bis er mir die ganze Geschichte vom Staatsanwalt Uwe Görlich und seinen Kollegen erzählte. Die Affäre erschien mir – wenn sie stimmen sollte – nicht nur als Justizskandal, sondern zugleich als Paradebeispiel, wie geschickt organisierte Kriminelle sich Beamte in Justiz und Polizei „gefügig“ machen. Daher ließ ich nicht locker, bis ich schließlich an die Ermittlungsakten kam. Ich erhielt mehr als 3000 Seiten als Leihgabe, ausgehändigt am späten Abend, wieder abzuliefern am folgenden Vormittag. Ich verbrachte die ganze Nacht am Kopierer.

mehr als ein Jahr lang im Rockermilieu recherchiert. Insbesondere im Umfeld der „Hell’s Angels Hannover“ mit ihrem Anführer Frank Hanebuth. Der ist in der niedersächsischen Landeshauptstadt längst mehr als ein Bandenchef, er geriert sich öffentlich als zuverlässiger Eventmanager und jovialer Geschäftspartner. Er nimmt massiv Einfluss auf ein unübersichtliches Firmengeflecht – und er hat einflussreiche Fürsprecher.

Bereits wenige Wochen davor hatte mich ein anderer Informant angesprochen, der Kontakt zu Rockern und anderen organisierten Kriminellen hatte. Er wisse jemanden, der mir viel über die „Hell's Angels“, ihre Geschäfte und ihre Gewährsleute berichten könne, versprach er und stellte mir Bernd Kirchner vor. Was der ehemalige V-Mann der Polizei Hannover berichtete, erschien mir in doppelter Hinsicht kaum zu glauben: dass Rocker und Zuhälter beste Kontakte in Hannovers „bessere Kreise“ pflegten – und dass er selbst „abgeschaltet“ worden sei, weil er die Behörden ganz konkret über korrupte Staatsanwälte informiert habe. Eine Krähe hacke der anderen eben kein Auge aus.

Einer von vielen Namen, die Kirchner erwähnte, war Uwe Görlich, um dessen Verfehlungen ich bereits wusste. Kirchner warf dem Staatsanwalt vor, er gehe in einem Bordell ein und aus und halte schützend seine Hand über das Etablissement. In den anschließenden Ermittlungen drehte und wendete der zuständige Oberstaatsanwalt Roland Herrmann die massiven Verdachtsmomente gegen seinen Kollegen so lange, bis er ihn nicht mehr anzuklagen brauchte. Trotz nachgewiesener massiver Verfehlungen wurde Görlich nicht einmal disziplinarrechtlich belangt, aber wenig später zum Oberstaatsanwalt befördert.

Nach Kirchners Darstellung war die Affäre um Görlich nur eine von vielen. Auch andere Staatsanwälte und Polizisten seien ins Rotlichtmilieu verstrickt oder machten mit Rockern gemeinsame Sache. Ähnliche Vorwürfe erhob er gegen namhafte Künstler, Sportler, Geschäftsleute und Unternehmer – hinauf bis zu einigen der einflussreichsten Wirtschaftsbosse Niedersachsens. Doch wie viele Polizeispitzel hat Kirchner eine zwielichtige Vergangenheit. Außerdem konnte er seine Vorwürfe kaum belegen.

Nach mehreren konspirativen Treffen an Autobahnraststätten vertraute er mir so weit, dass ich seine neue Identität und Lebensumstände

erfuhr, verdeckt an einem Treffen mit seinen Zeugenschützern teilnahm und schließlich Polizeibeamte kennenlernte, die mit ihm zusammengearbeitet hatten. Mit ihrer Hilfe kam ich schließlich an Dokumente aus Kirchners aktiver Zeit als V-Mann sowie an Berichte anderer V-Leute. Nun hatte ich schriftliche Belege, sollten Polizei und Staatsanwaltschaft Kirchners Vorwürfe abstreiten.

Im Mai 2010 konnte ich die Geschichte endlich bringen. Wenige Tage nach der Veröffentlichung trafen sich Vertreter der betroffenen Justizbehörden inoffiziell zum Essen. Sie stellten fest, dass „man da presserechtlich wohl nicht gegen an komme“, berichtete mir ein Informant. Daher bleibe nur, den Berichten eine eigene Pressemitteilung entgegenzusetzen. Bezeichnenderweise war bei jenem Essen der hauptbetroffene Staatsanwalt Görlich weder anwesend noch eingeladen. Mein Informant antwortete auf meine Frage, warum das so war: „Mit dem hätte sich doch keiner an einen Tisch gesetzt.“ Offenbar gab es also zumindest ein rudimentäres Unrechtsbewusstsein, auch wenn das dem „Korpsgeist“ geopfert wurde, wie das Ergebnis jenes Treffens zeigt. Eine Krähe hackt der anderen wohl tatsächlich kein Auge aus.

Tatsächlich folgte eine Pressemitteilung der Generalstaatsanwaltschaft, in der ich als Autorin persönlich angegriffen wurde. Dass weder die beschuldigten Behörden noch andere Protagonisten – Rockeranführer, Rechtsanwälte, Firmen – juristische Schritte gegen die Veröffentlichungen unternommen haben, werte ich als Beleg für die Richtigkeit meiner Darstellung der Hannoveraner Verhältnisse. Denn nach meiner Erfahrung lässt man in diesen Kreisen kaum eine Gelegenheit aus, presserechtlich gegen missliebige Berichte vorzugehen.

Christine Kröger, 43, ist Redakteurin des Bremer Weser Kuriers.

Sie ist seit 2006 Mitglied bei Netzwerk recherche e. V.



BERTELSMANN REPUBLIK DEUTSCHLAND

Von Thomas Schuler

Vor einigen Monaten rief ein Mitarbeiter von Bertelsmann an und fragte besorgt, ob ich mich nicht in etwas verbeiße. Gemeint war: Ob ich Bertelsmann nicht oft zu Unrecht und

zu stark kritisiere? Warum ich es einfach nicht lassen könne. Alles ganz vertraulich. Ich war versucht zu antworten: Nein, natürlich verbeiße ich mich nicht. Die Wahrheit aber lautet: natürlich ja, denn in ein Thema verbeißen kann auch bedeuten, an relevanten Fragen dran-zubleiben.

Seit den 90er Jahren habe ich als Medienredakteur der „Süddeutschen Zeitung“ und der „Berliner Zeitung“ und später als Autor der „Neuen Zür-

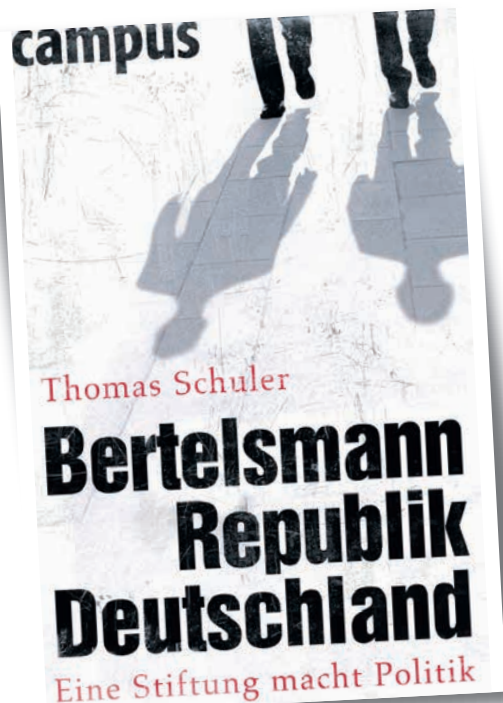
cher Zeitung“ viele Artikel und zwei Bücher über Bertelsmann geschrieben: 2004 „Die Mohns“ über die Eigentümer der Bertelsmann AG, 2010 „Bertelsmannrepublik Deutschland. Eine Stiftung macht Politik“.

Reinhard Mohn behauptete, Medien, die Bertelsmann gehören, könnten kritisch über alles berichten, auch über den eigenen Konzern. Weil ich sehen wollte, ob das stimmt, bin ich 1998 zur Berliner Zeitung gewechselt, die damals Gruner+Jahr und also Bertelsmann gehörte. Ja, es war möglich, dass ich bereits 1999 eine ganze Zeitungsseite über den Vorwurf schrieb, der Konzern beschönige die Vergangenheit im Dritten Reich. Das geschah zu einem Zeitpunkt, als viele Zeitungen noch gar nicht darüber berichteten. (Später wurde es wissenschaftlich bestätigt.) Es war aber nur möglich, weil der damalige Chefredakteur

Michael Maier Forderungen aus Gütersloh, mir die Arbeit am Thema zu verbieten, nicht nachkam. Kritische Berichterstattung war nur unter großem Druck möglich. Meine Erkenntnis: Mohns Versprechen war schlau aus seiner Sicht, weil er bei der Mehrheit der Journalisten und in der Regel auf Selbstzensur bauen kann. Das Versprechen ist aber Gift für Journalismus.

Der Reiz des Themas ergibt sich für mich aus der Erkenntnis, dass der Medienkonzern immer wieder versuchte, die eigene Geschichte zu beschönigen. Die Macht dieses Konzerns zeigt sich darin, dass Journalisten nicht oder ungenügend über diese Versuche berichteten.

Bertelsmann stellte sich als Widerstandsv Verlag dar, obwohl der Verlag in Wahrheit Bücher mit braunem Gedankengut publizierte und größter Lieferant der Wehrmacht war. Heute ist das bekannt; aber wieso konnte Bertelsmann die Legende über Jahrzehnte aufrechterhalten? Nur weil die Selbstzensur in den Medien funktionierte. Liz Mohn stellte ihre Beziehung zu Reinhard Mohn und das gemeinsame Familienleben als vorbildlich und fortschrittlich dar, obwohl beide jahrelang mit anderen Partnern verheiratet waren und den eigenen Kindern ein falsches Leben bzw. einen falschen Vater vortäuschten. Ihr Leben war nicht von jener Ehrlichkeit und Moral geprägt, zu der sie andere stetig anhielten. Die Stiftung ist schon allein deshalb relevant, weil sie das Unternehmen mehrheitlich besitzt. Sie ist mit 330 Mitarbeitern die politisch einflussreichste Stiftung in Deutschland. Die Mitarbeiter der Stiftung avancierten ab 1998 zu heimlichen Kanzlerberatern, die die Blaupausen für Hartz IV und die Reform des Hochschulwesens erarbeiteten – Grund genug, ihre Versprechungen zu untersuchen, sie arbeite „ausschließlich im Sinne des übergeordneten Gesellschaftsinteresses“.



Die Stiftung sollte verhindern, dass seine Erben Teile des Unternehmens verkaufen müssten. Familie Mohn hat geschätzte zwei Milliarden Euro Erbschaftssteuer gespart. Bislang allerdings hat die Stiftung in ihren Projekten weniger als 900 Millionen Euro ausgeschüttet. Mohns Hinweis auf die Erbschaftssteuer wird heute gerne heruntergespielt oder ganz vergessen. Man tut so, als stehe nur der Gemeinnutz im Vordergrund. Dabei finanziert in Wirklichkeit die Öffentlichkeit der Familie Mohn ein Institut, das manchmal gemeinnützig tätig ist, oft aber einseitig die Interessen von Bertelsmann oder generell von Unternehmern berücksichtigt und stets Familie Mohn und dem Management von Bertelsmann unverdächtig Zugang zur Politik gewährt.

Wie habe ich mich an das Thema angenähert? Klassisch, was Recherche betrifft: Alles lesen, was zum Thema zu haben ist, Kontakte aufbauen, Termine besuchen und aktuell berichten, um Widersprüche wahrzunehmen. Mitarbeiter in der zweiten Ebene und Ehemalige befragen. Sich immer wieder selbst in Frage stellen. Fair sein – auch zu denen, die Bertelsmann abschreibt. Nach Wahrheiten hinter den Legenden und PR-Versionen suchen.

Welche Hürden gab es? Bertelsmann sucht sich gerne selbst Journalisten aus, die über Bertelsmann berichten und mit dem Vorstand oder den Eigentümern sprechen dürfen. Der Zugang zur Unternehmensspitze ist streng kontrolliert. Dahinter steht wohl der Glaube, dass kritische Journalisten aufgeben, wenn sie keinen Zugang und Interviews erhalten. Das trifft auch zu, aber nur zum Teil. Familie Mohn lehnte Anfragen ab, antwortete auch nicht auf schriftliche Fragen. Ich nehme an, dass man im Konzern davon ausgeht, dass Journalisten dann nicht berichten und der Konzern auf diese Art bestimmen kann, wer über ihn berichtet. Wie habe ich Hürden übersprungen? So banal es klingt: Man muß eben wirklich suchen und mit vielen Leuten reden, bis man etwas Relevantes findet.

Anfragen führen oft nicht oder nicht nur dazu, dass Bertelsmann antwortet, sondern dazu, dass Mitarbeiter versuchen, den Redaktionen die Geschichte auszureden oder durch anwaltliche Schreiben Angst vor juristischen Folgen zu machen. Mein Gegenmittel: genau arbeiten und gelassen bleiben. Trotz öffentlich angekündigter rechtlicher Prüfungen seitens Bertelsmann gab es nie juristische Angriffe gegen meine Artikel oder Bücher.

Stiftungschef Gunter Thielen betonte nach Veröffentlichung des zweiten Buches, die Stiftung sei transparent und meinen Recherchen gegenüber aufgeschlossen und entgegenkommend gewesen. Davon kann keine Rede sein. Die Stiftung hat zwar viele Studien und Publikationen zugänglich gemacht, aber keine einzige entscheidende Frage zu ihrer Konstruktion und zu ihren Finanzen beantwortet. Die Gespräche habe ich mir im Laufe der Jahre erarbeitet. Die Mitarbeiter haben nur sehr eingeschränkt über ihre Projekte gesprochen und die Stiftung wollte mich am Ende der Recherche zwingen, jedes einzelne Zitat autorisieren zu lassen – obwohl nie derartiges vereinbart war. Ich habe deshalb keine Zitate vorgelegt. Am Ende habe ich 44 Punkte mit mehr als 100 Fragen eingereicht. Die Stiftung hat keine einzige dieser Fragen beantwortet. Die Verantwortlichen an der Spitze der Stiftung waren zu keinem Gespräch bereit. Im Gegenteil: An der Jahrespressekonferenz 2010, bei der die vier Vorstandsmitglieder Bilanz ziehen und ihr Programm präsentieren, durfte ich nicht teilnehmen, weil – wie mir schriftlich mitgeteilt wurde – diese Veranstaltung Journalisten aus der Region Ostwestfalen vorbehalten sei. Nicht sehr glaubwürdig, wenn man bedenkt, dass die Projekte international und national sind.

Thomas Schuler, 47, freier Journalist. Er schreibt für „Spiegel“, „Berliner Zeitung“ und „Süddeutsche Zeitung“ sowie für Buchverlage.

Er ist seit 2002 Mitglied bei netzwerk recherche e. V.



DAS RÄTSEL UM DIE STIFTUNG SONNENSCHNITT

Von Hans Leyendecker

Die aus Klaus Ott, Nicolas Richter und Hans Leyendecker bestehende Redaktion „Investigative Recherche“ der Süddeutschen Zeitung hat sich ab Herbst 2010 mit der Rolle früherer Vorstandsmitglieder der Bayerischen Landesbank beschäftigt. Dabei stießen wir auf die „Sonnenschein Privatstiftung“, in der der frühere Bankvorstand Gerhard Gribkowsky rund 25 Millionen Euro versteckte. Weitere Recherchen ergaben, dass ursprünglich sogar 50 Millionen Dollar über Umwege an Gribkowsky geflossen waren.

Am 23. Dezember 2010 konfrontierte die SZ den einstigen Bankmanager zunächst telefonisch mit dem Ergebnis der Recherche und bat ihn, den Ursprung seines Vermögens zu erklären. Gribkowsky hatte in einer früheren Vernehmung bei der Staatsanwaltschaft München angegeben, nur über rund 300 000 Euro Vermögen zu verfügen. Er antwortete am 23. Dezember am Telefon, das Geld stamme aus Familienvermögen. Überdies habe es mehrere Krebsfälle in der Familie gegeben, weswegen er sich mit seinem Geld für krebskranke Kinder einsetze. Die SZ schickte ihm daraufhin noch am selben Tag folgende Anfrage:

„Sehr geehrter Herr Gribkowsky, wie bei unserem Telefonat angekündigt möchte ich hiermit noch einmal den Beweggrund für unsere Recherchen schildern. Wir wollen uns darüber informieren, warum Sie Ihre Stiftung und deren Vermögen bei Ihrer Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft München am 2. Februar 2010 nicht erwähnt haben und woher dieses Vermögen stammt, um dann sachgerecht beurteilen zu können, ob ein Anlass für eine Berichterstattung besteht, oder nicht. Uns ist folgender Sachverhalt bekannt: Sie haben am 3. Mai 2007 in Salzburg die Sonnenschein Privatstiftung

gegründet. (...) Der Stiftung gehört zu 100 Prozent die GREP GmbH, die am 6. Juni 2007 ins Handelsregister eingetragen wurde und die offenbar am 3. Mai 2007 ihre Geschäfte aufgenommen hatte. Der Jahresabschluss 2007 bezieht sich auf einen Zeitraum vom 3. Mai bis 31. Dezember 2007. Damals betrug das Vermögen mehr als 24,2 Millionen Euro. Der GREP wiederum gehört die Immobilienbesitz GmbH Wisbyer Straße 18 in Berlin, bei der Sie Geschäftsführer sind. (...) Der Stiftung gehört neben einer GFU GmbH auch eine Aktion Zeitgeschenk GmbH, die sich laut Firmenzweck um die „Unterstützung von und Fürsorge für krebskranke Kinder“ kümmert. Laut Jahresabschluss 2009 hat diese GmbH aber nur ein Vermögen von 33.717,44 Euro. Sie hatten am Telefon erklärt, das Vermögen der Stiftung und der GREP GmbH stamme aus Familienbesitz und gesagt, darüber könnten wir uns bei einer Internet-Recherche über Ihre Familie sachkundig machen. Im Internet haben wir aber nur die Firma E. Gribkowsky, Marcusallee 21 in Bremen gefunden, ohne weitere Informationen über diese Firma. Um uns ein Bild machen zu können, bitten wir höflichst um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum haben Sie die Stiftung bei Ihrer Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft nicht erwähnt, als Sie Ihre Vermögenswerte aufzählten? Immerhin ist es ja ausdrücklicher Stiftungszweck, dass die Stiftung auch Sie versorgt.
2. Warum hat die gemeinnützige GmbH nur ein so kleines Vermögen, während das große Vermögen in der GREP steckt?
3. Inwieweit stammt das Vermögen aus Familienbesitz?
4. Trifft es zu, dass bei der Gründung von Stiftung und GREP bzw. zuvor ein Zufluss in Höhe von etwas mehr als 50 Millionen US-Dollar erfolgt ist?

5. Falls ja, warum in US-Dollar?
6. Trifft es zu, dass der Zufluss über Afrika erfolgte?
7. Falls ja, warum?
8. Warum wurde die Aktion Zeitgeschenk GmbH erst am 10. Juli 2010 gegründet, mehr als zwei Jahre nach Gründung der Stiftung?“

Gribkowsky antwortete ausweichend und spielte auf Zeit. Seiner Mail vom 27. Dezember 2010 war zu entnehmen, dass er nicht bereit oder in der Lage war, die Sache schnell zu klären.

„Nachdem wir die von Ihnen angesprochenen Fragen teilweise bereits ausführlich am Telefon besprochen haben, halte ich es für sinnvoll eventuelle Ergänzungen persönlich zu besprechen.

Wie bereits anlässlich unseres Telefonates erwähnt, komme ich mit einem Terminvorschlag nach der Weihnachtspause/dem Jahreswechsel auf Sie zu.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gribkowsky“

Gesendet mit BlackBerry von Vodafone

Die SZ entgegnete zunächst am 28. Dezember 2010, dass es mit dieser Antwort nicht getan sei, und dass im Prinzip alle wichtigen Fragen unbeantwortet seien.

„Sehr geehrter Herr Gribkowsky, vielen Dank für Ihre E-Mail. (...) Wir wollen – nach dem jetzigen Stand der Dinge – spätestens in der zweiten Januarwoche in der SZ über Ihren Fall berichten. Widersprechen muss ich Ihrer Einschätzung, wir hätten die Fragen der SZ „teilweise bereits ausführlich am Telefon besprochen“ und jetzt gehe es nur noch um „eventuelle Ergänzungen“. Vielmehr sind alle Kernfragen unbeantwortet: Wie sind Sie zu diesem hohen Millionenvermögen gekommen, von dem stammt dieses Geld, warum haben Sie dieses Vermögen bei Ihrer Vernehmung bei der Münchner Staatsanwaltschaft

nicht erwähnt, inwieweit dient es der Krebs-hilfe, und so weiter. Wir haben inzwischen weitere Informationen erhalten; diese lassen sich mit Ihren wenigen Auskünften nicht in Einklang bringen. Von daher ist unser Interesse an einer Klärung des Sachverhalts noch größer geworden.

Vielen Dank

Mit freundlichen Grüßen“

Wenig später erfuhr die SZ, dass Gribkowsky, offenbar aufgeschreckt durch unsere Anfrage, von sich aus



die Staatsanwaltschaft München kontaktiert und Gesprächsbedarf angemeldet hatte. Wir entschieden uns daraufhin, möglichst bald über den Fall zu berichten, da nun alle Voraussetzungen für eine Verdachtsberichterstattung gegeben waren. Zuvor aber gaben wir

Hans Leyendecker, 62,
arbeitet seit 1997 für die
Süddeutsche Zeitung.
Er leitet das Ressort
Investigative Recherche.

Er ist seit 2001
Mitglied bei
Netzwerk Recherche e. V.



Gribkowsky eine weitere Gelegenheit zur Stellungnahme. Sie ging dem früheren Manager am 29. Dezember frühmorgens zu. Gribkowsky, der noch am selben Tag einen Termin bei Oberstaatsanwältin Hildegard Bäumler-Hösl hatte, nahm die beiden Fragenkataloge der SZ gleich zum Gespräch mit und übergab sie der Ermittlerin. Er beklagte sich bei der Ermittlerin, die SZ stelle ihm und einigen seiner Bekannten nach. Er halte das Vorgehen der Journalisten für Stalking. Am Freitag, den 31. Dezember 2010, erschien Gribkowsky schließlich zum Gespräch in der Redaktion der Süddeutschen Zeitung. Die Reporter Klaus Ott und Nicolas Richter stellten nochmals die bereits schriftlich übermittelten Fragen, aber Gribkowsky gab keine Antworten. Er verwies darauf, dass die Staatsanwaltschaft nun mit der Prüfung beschäftigt sei und er sich deswegen nicht äußern könne.

Am 3. Januar 2011 erschien unser erster Bericht in der SZ. Die Staatsanwaltschaft München hatte inzwischen ermittelt, dass das Geld, wie von der SZ anfangs vermutet, aus der Formel-1-Branche stammte. Gribkowsky hatte als federführender Vorstand der BayernLB die Formel-1-Rechte im Jahr 2005 an einen britischen Investor verkauft. Nunmehr war Gribkowsky der Steuerhinterziehung, Bestechlichkeit und Untreue verdächtig. Am Mittwoch, den 5. Januar 2011, wurde er verhaftet. Im März wurde von der Münchner Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen Bernie Ecclestone, den mächtigen Mann der Formel 1, wegen Verdachts der Beihilfe zur Untreue eingeleitet. Ecclestone hatte von der Landesbank Beraterhonorar erhalten und einen Teil des Geldes an Gribkowsky gezahlt. Der Fall ist noch nicht abgeschlossen.

SONIA SEYMOUR MIKICH, LEITERIN MONITOR (WDR):

Mir gefällt die Entwicklung von Netzwerk Recherche. Anfangs ein Verein älterer Herren, die sich gegenseitig ihrer Wichtigkeit versicherten, dem damaligen Bundeskanzler eine Selbstdarstellungsbühne bereiteten und graue Niederungen des normalen, schlechtbezahlten Journalismus wenig kannten. Heute gibt Netzwerk Recherche nicht nur jungen Kollegen eine feste, vertrauenswürdige Struktur der Weiterbildung. Die Nachwuchsförderung, die Seminare, die Wertedebatten – sie sind vorzüglich. NR ist ein Tool und eine Öffentlichkeit zugleich. Es schärft den Sinn dafür, wozu wir Journalisten eigentlich da sind.

DER UEFA-SKANDAL

Von Oliver Schröm

Der FC Bayern ist Deutschlands Rekordmeister; Millionen Deutsche lieben den Klub oder hasen ihn. Im Mai 2010 veröffentlichten meine Kollegen vom „stern“-Sportressort eine Geschichte, die diese Balance gehörig durcheinander wirbelt. Auf stern.de berichten sie, die Uefa ermittle gegen den FC Bayern wegen des Verdachts auf Spielmanipulation. Es gehe um das Uefa-Cup-Halbfinal-Rückspiel in St. Petersburg aus dem Jahr 2008, das die Münchener überraschend 0:4 verloren hatten.

Peter Limacher, Uefa-Disziplinarchef, hatte im Vorwege meinen Kollegen diese Meldung bestätigt. Grundlage sei ein Abhörprotokoll der spanischen Justiz, in dem russische Mafiosi von „50 Millionen“ sprechen, die der FC Bayern angeblich für die Niederlage kassiert habe. Bei dem Dokument handelt es sich um einen „Beifang“ aus dem größten Ermittlungsverfahren Spaniens, gerichtet gegen einen Zweig der russischen Mafia namens Tambowskaya.

Der Uefa-Disziplinarchef besaß bislang nicht nur ein weitgehend unbeflecktes Image, sondern hatte sich den Ruf erarbeitet, konsequent gegen Betrüger vorzugehen. Im Herbst 2009 saß er bei der Pressekonferenz der Staatsanwaltschaft Bochum mit auf der Bühne, als man vom größten europäischen Wettskandal berichtete, den man gemeinsam aufgedeckt habe.

Der FC Bayern reagierte nach Publikation empört, schickte eine Unterlassungserklärung, die der „stern“ indes nicht unterzeichnete.

Danach fragten wir uns: Was ist nun wirklich dran an diesem unglaublichen Verdacht? Was für ein Interesse könnte die Uefa an einer Verdachts-Berichterstattung hegen? Zusammen mit sechs Kollegen aus dem Sportressort und dem Investigativ-Team des „stern“ machte ich

mich auf eine viermonatige Spurensuche. Wir hatten uns vorgenommen, ergebnisoffen zu recherchieren.

Wir arbeiteten uns durch Jahresbilanzen, Transfers und Geschäftsvorgänge des FC Bayern.

„stern“ vom 16.9.2010

DER UEFA-SKANDAL

Der FC Bayern verkauft ein Spiel an die Russenmafia, und bei der Fußball-WM sind komplette Nationalmannschaften bestochen – diese unglaublichen Vorwürfe erheben Korruptionsbekämpfer der Uefa. Doch nach **stern**-Recherchen vertraut der **Chefermittler** einem **Hochstapler**. Nun hat Europas Fußball-Boss Michel Platini ein echtes Problem



Der Chefermittler Peter Limacher (li.)
Der Hochstapler Franck Ribéry (Mitte)
Der Präsident Emmanuel Macron (re.)

Und in der Tat: Die Saison 2007/2008 war für den FC Bayern ein schwieriges Jahr gewesen. Allein die Verpflichtungen der Stars Franck Ribéry, Luca Toni und Miroslav Klose hatten Anfang der Saison rund 70 Millionen Euro gekostet. Und ausgerechnet eine Woche vor dem Halbfinal-Rückspiel in St. Petersburg war bekannt geworden, dass der Partner beim Stadionbau, der TSV 1860 München, als Mitfinanzier ausfiel. Bayern musste auch deren Millionen-Verbindlichkeiten schultern. In dieser Situation schien zumindest denkbar, dass der Verein für ein 50-Millionen-Angebot anfällig hätte sein können.

Im nächsten Schritt besorgte ich die umfangreichen Akten aus dem „Tambowskaya“-Verfahren in Spanien und stellte fest, dass es einen Ermittlungsstrang nach Deutschland gab. Der Kassenwart des Mafiaringes saß in Berlin und lenkte von dort aus die Geldströme.

Nun interessierte die Frage: Tauchen Funktionäre oder Spieler des FC Bayern in diesen Unterlagen noch einmal auf, sprechen die Mafiosi noch ein weiteres Mal über den FC Bayern? Die Auswertung der mehrere tausend Seiten dicken Akten (Telefonabhörprotokolle, Überweisungsbelege, etc.), zum Großteil in spanischer Sprache, brachten kein Ergebnis, entlasteten also den FC Bayern.

Auf welche Informationen konnte sich die Uefa sonst noch berufen? Wir suchten den Kontakt. Es kam zu einem Treffen mit Robin Boksic. Am Münchener Flughafen erhob der Uefa-Ermittler ungeheuerliche Vorwürfe gegen den FC Bayern – so übertrieben scheinend, dass meine Kollegen und ich Zweifel bekamen, ob der Mann, der sich als vom Bundesnachrichtendienst (BND) an die Uefa abgestellt bezeichnete, wirklich Kontakt zum Verband pflegte. Ich forderte also von Boksic, sein medien-scheuer Chef Peter Limacher solle selbst zum Gespräch erscheinen, sonst müsse man die Geschichte als erfunden verbuchen.

Zwei Tage später kam es im Schweizer Nyon zu einem vertraulichen Hintergrundgespräch mit Peter Limacher und dessen Ermittler Robin Boksic, den er „meinen besten Mann“ nannte. Die beiden Uefa-Gesandten schienen dem stern tatsächlich auf dem Silbertablett den Sport-Skandal des Jahrzehnts zu servieren. Sie kündigten Beweise an: Der FC Bayern habe betrogen.

Die Geschichte war so unglaublich, dass die Skepsis bei uns weiter groß blieb. Einerseits besaß Limacher einen untadeligen Ruf. Andererseits erschien es wenig Sinn zu ergeben, dass die Macher des FC Bayern ihr Lebenswerk riskieren sollten – wo sie sich doch stets eines prallen Festgeldkontos und ihrer Kontakte in die Wirtschaft rühmten.

Wochenlang warteten wir auf jene brisanten Dokumente, die Limacher und Boksic versprochen hatten; vergeblich.

Währenddessen gingen die Recherchen nach allen Seiten weiter. Nach und nach begannen sie eine eindeutige Wendung zu nehmen. Robin Boksic war beim BND unbekannt. Es gelang uns, interne Papiere der Fifa zu erhalten, die dokumentierten, wie Boksic bei der Fußball-WM in Südafrika mehrere Nationalmannschaften und auch Bundesliga-Stars des 1. FC Köln des Betrugs bezichtigte und offenbar versucht hatte, den Weltverband mit ausgedachten Beschuldigungen zum Narren zu halten. Zudem geht aus den internen Papieren (E-mails, Gesprächsprotokolle, sms-Verkehr) zweifelsfrei hervor, dass Limacher seinen dubiosen Ermittler der Fifa als Top-Mann empfohlen hatte.

In Madrid bestätigte der spanische Staatsanwalt José Grinda derweil, dass die beiden Uefa-Leute auch ihm Beweise zugesagt hatten, die aber niemals geliefert worden seien. Boksic habe auf ihn einen verdächtigen Eindruck gemacht. An dessen Seite sei ja aber der seriöse Herr Limacher gesessen.

Recherchen in München ergaben überdies, dass gegen Boksic bereits mehrfach wegen Betrugs ermittelt worden war, dass er sogar den Oberbefehlshaber der kroatischen Armee der Waffenschieberei bezichtigt und Ermittlungen der Münchener Staatsanwaltschaft ausgelöst hatte.

Nicht nur ein Hochstapler, dem Limacher da vertraute – ein Mann mit krimineller Energie und auch Kontakten zur Fußballwettmafia: Zwischenzeitlich hatten wir Fotos gefunden, die Boksic mit dem Berliner Wettpaten Ante Sapina zeigen.

Für die Redaktion bedeutete dies eine knifflige Situation. Alles sprach nunmehr dafür, dass die Uefa-Leute eine Verleumdungskampagne führten – und den stern für ihre Zwecke instrumentalisieren wollten. Allerdings fühlten wir uns an die vereinbarte Vertraulichkeit des ersten Hintergrundgesprächs gebunden. Nach

intensiven Diskussionen und langen Gesprächen mit den hauseigenen Juristen entschieden wir jedoch, dass die Pflicht zur Aufklärung höher einzuschätzen sei als die Bindung an Vertraulichkeitsabsprachen mit Betrügern. Im September entschloss sich die Redaktion, die Geschichte zu drucken. Kurz vor Redaktionsschluss kam es zu einem zweiten Treffen mit Peter Limacher; zusammen mit zwei Kollegen flog ich dazu wieder ins Schweizer Nyon. Trotz der niederschmetternden Rechercheergebnisse, mit denen Limacher konfrontiert wurde (etwa: Boksic kein BND-Mitarbeiter), zweifelte er keine Sekunde an der Vertrauenswürdigkeit seines Mitarbeiters.

Die Reaktionen auf die Geschichte waren überwältigend; weltweit wurde berichtet, der FC Bayern leitete umgehend straf- und zivil-

rechtliche Schritte gegen die Uefa-Leute ein. In einer ersten Stellungnahme kündigte die Uefa zunächst juristische Schritte gegen den Stern an, was dann nie geschah. Stattdessen trennte man sich einen Tag nach Bekanntwerden der Geschichte von Boksic. Ein interner Untersuchungsausschuss wurde eingesetzt, der Limachers Rolle untersuchen sollte. Als Ergebnis wurde Limacher von seinem Posten als Uefa-Disziplinarchef entbunden.

Der Verband entschuldigte sich öffentlich beim FC Bayern. Wochen später sprach Uefa-Präsident Michel Platini davon, dass „bei uns Leute versuchten, Geheimdienst zu spielen. Es war ein großer Fehler, Boksic so agieren zu lassen. Wir haben aus unseren Fehlern gelernt.“

Oliver Schröm, 48, leitet beim „Stern“ das Team Investigative Recherche.

Er war 2001 Gründungsmitglied von Netzwerk Recherche e. V.



LUTZ MARMOR, INTENDANT DES NDR:

Recherche kostet Anstrengung, Mühe und Geld. Doch wer als Journalist nicht recherchiert, nimmt seinen Beruf nicht ernst. Deswegen müssen sowohl die Journalistinnen und Journalisten als auch die Verlage und Sendeanstalten Recherche möglich machen.

Netzwerk Recherche legt immer wieder den Finger in die Wunde, fordert die eigenen Kolleginnen und Kollegen zu verantwortlicher Berichterstattung auf und gibt praktische Hilfestellungen durch Seminare und Publikationen. Es ist gut für den Journalismus in Deutschland, dass es Netzwerk Recherche gibt!

NEONAZIS AUF DER SPUR

Von Andrea Röpke

Manchmal sieht meine Arbeit aus wie die eines Detektivs: Durch einen entlegenen Wald hechten, um ein Neonazi-Zeltlager mit Kindern zu filmen; aus einer wildgewachsenen Hecke heraus ein geheimes NPD-Fest dokumentieren; konspirative Brauchtumsfeiern mit NS-Ritualen aufspüren; militante Rechtsextreme bei ihren Geländemärschen zu Ehren von Horst Wessel unauffällig mit dem Auto verfolgen; mit Perücken und Hawaiihemden verkleidet Büros observieren; Parteistrategen an Bahnhöfen abpassen. Und immer wieder der Polizei erklären, dass nicht wir die Störenfriede sind.

Seit über 17 Jahren beschäftige ich mich intensiv mit dem Thema Neonazismus und bin darüber zur Fachjournalistin geworden. Doch die Versuche, hinter die Kulissen eines sich immer besser tarnenden Milieus zu schauen, werden zunehmend schwieriger. Die Szene besteht aus rund 30.000 gefestigten Rechtsextremisten. Sie ist selbstbewusster geworden und professioneller. Sie verankert sich kommunal. Nach außen gibt sie sich bürgerlich, intern ist sie radikaler denn je.

Einblicke in den „Inner-Circle“ sind nicht erwünscht. Aggressionen bekommen meine Fotokollegen und ich ständig zu spüren. „Kann die Bahn dieser Kreatur nicht mal eine Freifahrt nach Galizien spendieren? So wie die aussieht, hat sie eine dringende Entlausung nötig!“ oder „Wo sind eigentlich die Hecken schützen, wenn man sie mal braucht?“ gehören zu den fast schon alltäglichen anonymen Verbalattacken in einschlägigen Internetforen. Hausbesuche, Drohschreiben, Belästigungen, unzählige juristische Klagen und einen schweren körperlichen Angriff habe ich im Laufe der Jahre erlebt. Meinen Kollegen erging es nicht viel anders. Ich habe verdeckt bei NS-Verbrechern und SS-Angehörigen recherchiert, an deren Treffen und heidnischen Fei-

ern teilgenommen. Wir haben den Waffen-Freaks vom „Stahlhelm – Kampfbund für Europa“ im Pfälzer Wald aufgelauert, Fanatiker bei den Burschenschaften enttarnt, vor rechten Wirtschaftsnetzen und Immobilienkäufen gewarnt, tausende von gehackten NPD-Mails ausgewertet – doch keine Recherche entpuppte sich als so heikel wie die zur organisierten völkischen Kindererziehung.

Ende 2005 traf ich die Aussteigerin Tanja Privenau in einem Café in Dresden. Sie hatte über zwanzig Jahre lang Hardcore-Kameradschaften sowie dem rassistisch-heidnischen Spektrum angehört und kannte viele NPD-Anführer persönlich. Mit Ehemann und fünf Kindern gehörte sie zu den ersten völkischen Siedlern, die sich in Mecklenburg-Vorpommern niederließen. Nun lebte sie in Scheidung und hatte sich politisch distanziert. Sie wollte reden, es wurden fünf Stunden. Als Privenau von militärischen Zeltlagern für Kindern berichtete, horchte ich auf. Schon lange hatte ich Recherchen zur berüchtigten „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) vor mir hergeschoben. Privenaus Warnung – „die sind schlimmer als die verbotene Wiking-Jugend“ – ließ mich endlich damit anfangen.

In den folgenden Monaten durchforstete ich Archive nach HDJ-Schriften, sammelte penibel Namen und Vorkommnisse und bedrängte Kollegen, mir jede Kleinigkeit zur HDJ mitzuteilen. Ich vernetzte mich mit Kollegen bundesweit. Das Antifaschistische Presse-Archiv (apabiz) in Berlin unterstützte mich bei meinen Bemühungen sehr. Wir warteten auf Rückmeldung, sobald jemand Wind von einem geplanten Lager bekommen würde. Die Netze waren ausgelegt. Theoretisch kannten wir inzwischen die wichtigsten scheiteltragenden Verbindungsleute zwischen HDJ und NPD. Jetzt fehlten noch die Bilder, das Beweismaterial.

Im August 2006 kam der entscheidende Hinweis. Einem Landwirt aus Fromhausen, nahe dem ostwestfälischen Detmold, war ein Lager auf seiner Wiese am Kreuzberg, hoch über den Externsteinen, nicht geheuer. Er glaubte nicht an die Legende von harmlosen Pfadfindern. Fahnen und Autokennzeichen wiesen auf die HDJ hin. Wir fuhren los und informierten auch die Polizei. Doch die zeigte kein Interesse. Später erfuhren wir, dass sie das Zeltlager mit über 100 Kindern und Jugendlichen bereits oberflächlich gecheckt hatte. Ihr erschien nichts anstößig. Stundenlang filmte und fotografierte ich gemeinsam mit drei Kollegen das Geschehen aus unserem Versteck hinter Bäumen. Unsere Sorge, entdeckt zu werden, war nicht unbegründet, denn aggressive NPD-Anhänger hielten Wache. An einem der Zelte prangte ein Holzschild mit der Aufschrift „Führerbunker“. Die schwarz-weiß-rote Fahne des Deutschen Reichs flatterte im Wind. Dem HDJ-Sommerlager von Fromhausen folgten weitere Schulungscamps für Kinder und auch Ausflüge und Märsche. Wir filmten soweit es uns möglich war. Beim konspirativen „Märkischen Kulturtag“ in Brandenburg im November 2006 wurden mein Fotokollege und ich vom HDJ-Anführer angegriffen. Er schlug mich nieder, in aller Öffentlichkeit. Als Journalistin bekam ich meine persönlichen Grenzen zu spüren. Vor Gericht erlebte ich die Hilflosigkeit vieler Opfer rechter Gewalt. Nicht zuletzt dank unseres Foto- und Filmmaterials kam es zur Verurteilung. Auch waren der soldatische Charakter, die menschenverachtende Ideologie und die Gewaltbereitschaft dieser „nationalen Kampfgemeinschaft“ nun ersichtlich. Schnell wurde klar: Tausende von Kindern wachsen in der Bundesrepublik mit Hitler-

jugend-Liedern und „Mein Kampf“, mit Judenhass und Elitedenken auf. Sie werden indoktriniert von Frauen und Männern, die von nichts anderem träumen als von einem neuen Deutschen Reich, getarnt als homogene „Volksgemeinschaft“. Berichte bei Cosmo-TV vom WDR und beim NDR-Politmagazin Panorama rüttelten auf, öffentliches Interesse machte den Behörden Druck. Längst waren emsige Polizeiermittler hinter den militanten Erziehern her. Es gab die ersten Hausdurchsuchungen, die Waffen- und Uniformfunde in Niedersachsen und Brandenburg zu Tage brachten. Wir konnten nachweisen, dass die HDJ „die ganze Nation“ wollte, also auch Kinder und Jugendliche von außerhalb anwarb. 2008 forderten alle Parteien im Bundestag ein Verbot der verfassungsfeindlichen HDJ. Ende März 2009 wurde es beschlossen.

Heute wissen wir: Die HDJ ist zwar zerschlagen worden, doch die Erziehung ist mehr denn je „nationale Lebensaufgabe“. Der braune Drill geht weiter, meistens in kleineren regionalen Zirkeln. Geschickt werden Volkstanzgruppen, Mutter- und Kindkreise oder Brauchtumsveranstaltungen als Deckmantel genutzt. Ehemalige HDJ-Anhänger agieren in Thüringen nun als Schlesische Jugend. Im Herbst 2010 habe ich im Fachorgan „Blick nach rechts“ auf Ähnlichkeiten zwischen der HDJ und der Interessengemeinschaft „Fahrt und Lager“ innerhalb der Jugendorganisation der NPD hingewiesen. Die völkisch-rassistische Gesinnungsgemeinschaft breitet sich bundesweit aus. Immer mehr extrem rechte Familien siedeln auf eigener Scholle. Eine Art braunes Wendland soll es werden. Ihre Kinder haben kaum eine Wahl. Unsere Detektivarbeit geht weiter.

Andrea Röpke, 46 Jahre, arbeitet als freie Journalistin für verschiedene Fernsehsender.

Sie ist seit 2001 Mitglied bei netzwerk recherche e. V.



CHRISTIAN BOMMARIUS, DUMONT REDAKTIONSGEMEINSCHAFT:

Recherche ist nicht nur teuer. Sie ist sogar unbezahlbar.

WER FEUERTE DIE BOMBE VON KUNDUZ?

Von John Goetz



„SPIEGEL“ vom 1.2.2010

Anfang Januar 2010 gab es in Berlin Schnee und es war fürchterlich kalt. In North Carolina war es sonnig und 12 Grad. Ich sah mir den Wetterbericht in Goldsboro auf dem Computer an, als ich zum Telefon griff. Ich war gerade dabei, den Piloten des F-15 Kampfflugzeugs anzurufen, der die Bomben über Kunduz abgeworfen hatte.

Vier Monate zuvor, am 4. September 2009 um 1.51 Uhr Ortszeit, führte der Abwurf dieser Bomben zum Tod von 142 Menschen, darunter zahlreiche Zivilisten. Der Bombenanschlag, befohlen von dem deutschen Kommandeur von Kunduz, Oberst Georg Klein, führte zu so vielen Toten wie kein anderer Anschlag im gesamten Afghanistan-Krieg und auch in der Geschichte der Bundeswehr.

Der Pilot antwortete: „Hello?“ Eine freundliche unkomplizierte Stimme. Tage, Wochen davor war er nicht erreichbar. Ich konnte es kaum glauben. Hier war er plötzlich am Telefon, unfassbar. Nach sechs Wochen Recherche hatte ich ihn endlich erreicht.

Als der „Spiegel“ beschloss, eine komplette Dokumentation über die Ereignisse, die zum Bombenanschlag führten, zu machen, planten wir, mit allen möglichen Beteiligten zu sprechen: dem LKW-Fahrer des entführten Tanklasters, den Überlebenden vor Ort, dem Oberst Georg Klein und anderen Bundeswehrangehörige und mit den US-Amerikanern, die dabei waren. Und natürlich dachten wir auch an die Bomben-Piloten. Wir wollten unseren Lesern eine möglichst genaue Rekonstruktion dieses Einsatzes präsentieren.

Die Piloten waren besonders wichtig, weil sie versucht hatten, Oberst Klein davon abzubringen, den Einsatzbefehl für den Abwurf zu erteilen. Aber wer waren die Piloten? Ihre Namen waren nirgendwo zu finden. Die US-Armee gab ihre Namen nicht heraus und es hätte auch keinen Sinn gemacht bei der ISAF-Pressestelle anzurufen. Diese hätte es an die amerikanische Einheit weitergegeben, dass deutsche Medien sich für sie interessierten.

Aus dem „Initial Action Team“-Bericht über den Vorfall am 4. September gab es Hinweise, wo die F-15 Bomber gestartet waren: in Bagram Airfield. Danach konnte man recherchieren (über eigene Pentagon-Berichterstattung und sonstige Zeitungs-Berichte), welche Squadron-Einheiten in der Luftbasis in Bagram stationiert waren: Es war die 335th Fighter Squadron. Aber jede im Einsatz stationierte amerikanische Einheit hat ein Zuhause. Für die 335th Fighter Squadron war es die Seymour Johnson Air Force in North Carolina. Sie heißt „the Chiefs“. Jede Air Force Base hat eine Web-Seite. Die der Seymour Johnson Air Force Base ist sehr umfangreich. Man kann sogar den täglichen Kantinen-Plan einsehen, Videos von der Base anschauen und Zeitungsartikel über die Einheiten lesen. Es gibt auch eine Pressestelle, die fast ausschließlich mit der Lokalpresse zusammenarbeitet.

Es war Mitte Dezember, als ich die Pressestelle anrief und erklärte, dass ich mit anderen Kollegen an einem Stück über den Luftkrieg in Afghanistan arbeitete. Ich fragte, ob ich nicht mal auf die Base kommen könnte, um darüber ein Hintergrundgespräch zu führen. Ich habe detaillierte Fragen gestellt über die F-15: Wie lange sie im Einsatz sind, wie schnell sie fliegen, usw. Ich fragte auch, ob man die Flugzeuge tatsächlich sehen und ob man sie fotografieren könnte. Der Leutnant von der Pressestelle hat die Fragen über die Kampfflugzeuge gerne beantwortet. Er wies darauf hin, dass es in den nächsten Wochen schwierig wäre bezüglich eines Hintergrundgesprächs, aber im Prinzip könnte ich die Base mal besuchen. Wir blieben in Kontakt per Email und ich habe regelmäßig weitere Fragen über die F-15s gestellt. Und dann habe ich auf der Seymour Johnson Air Force Base Webseite etwas Spannendes gefunden. Die 335th Squadron Einheit war seit dem 1. September 2009 in Afghanistan eingesetzt. Nur vier Tage vor dem tödlichen Anschlag! Und es stand auf der Webseite, dass die Einsätze vier Monate dauern. Also würden sie demnächst nach North Carolina zurückkehren. Dann gab es den großen Durchbruch für die Rekonstruktion des Bombenabwurfs am 4. September: Wir haben eine Kopie der als geheim eingestuft COMISAF-Untersuchung zu dem Vorfall bekommen. In einem der Anhänge gab es ein Formular für den Einsatz an dem Tag. Dort standen vier Nachnamen von Piloten. Dem Bericht konnten wir entnehmen, dass es für den Einsatz zwei Flugzeuge gab, die geflogen sind, „DUDE 15“ und „DUDE 16“, jeweils zwei Piloten und zwei Waffensystemoffiziere. Klar wurde aber, dass der Pilot der „DUDE 15“ Funkkontakt zu den Deutschen hatte, deren Kommunikationsoffizier den Namen „RED BARON“ trug. Ich habe dann sofort die Nachnamen, die wir auf dem COMISAF Bericht hatten, gegoogelt und über das Lexis-Nexis-Archiv gesucht, – immer im Zusammenhang mit den Begriffen „Air Force“ oder „flight school“ oder „F-15“ oder „Seymour Johnson Air Force Base“, etc. Es gab eindeutig nur zwei Personen, die zur

Flugschule gegangen sind. Endlich hatte ich auch die Vornamen der beiden Piloten. Mit den Vornamen habe ich dann einen kleinen Artikel gefunden über einen der Piloten, geschrieben in seiner Heimatstadt. Das US-Militär macht das häufig: kleine Zeitungen, die eigentlich nicht genug Geld haben, um jemanden nach Afghanistan zu schicken, führen ein Interview mit einem lokalen Soldaten oder in diesem Fall einem Piloten, der etwas Besonderes im Krieg gemacht hat. In dem Artikel stand, dass dieser seinen ersten Einsatz in Afghanistan Anfang 2008 hatte. Danach habe ich seinen Namen in Facebook gefunden. Er war „befeundet“ mit drei der anderen Einsatznamen. Auf diese Weise habe ich ihre Vornamen bekommen und auch eine Bestätigung, dass ich die richtigen Personen gefunden hatte. Daraufhin habe ich die Webseite seiner High School gefunden, wo einige Details über ihn standen. „Dude 15“ war älter als die Anderen. Er hatte mehr Einsätze. Daraus ließ sich ableiten, dass er vermutlich der Einsatzleiter in der Nacht des 4. September war. Wenn man in amerikanischen Datenbanken lange genug sucht, kann man eine Menge finden: Immobilienbesitz, Autobesitz, usw. Das habe ich alles gesammelt und seine Telefonnummer über die Seite Whitepages.com recherchiert. Ich rief ihn an. Einige Wochen lang ging er nie ans Telefon.

Dann Anfang Januar, als es so kalt war in Berlin, habe ich es noch mal versucht. Er antwortete. Ich habe ihm wahrheitsgemäß erzählt, dass ich mit der Pressestelle von Seymour Johnson Air Force Base in Kontakt bin, dass ich mich für den Luftkrieg in Afghanistan interessiere und dass ich demnächst sowieso die Base besuchen würde. Ich fragte ihn, ob er nicht Zeit hätte, einen Kaffee mit mir zu trinken? Es war ein Montag. Er sagte „Ja, kennen Sie den Starbucks am Highway 13?“ Ich sagte nur: „Ich finde den.“ Dann fragte er, ob ich ihn Mittwochfrüh, nachdem er die Kinder in die Schule gebracht hätte, dort treffen könnte? Ich sagte: „Ja.“

*John Goetz, 49
arbeitet seit 2011 für das
ARD-Hauptstadtstudio
und die „Süddeutsche
Zeitung“, davor war er
beim „Spiegel“.*

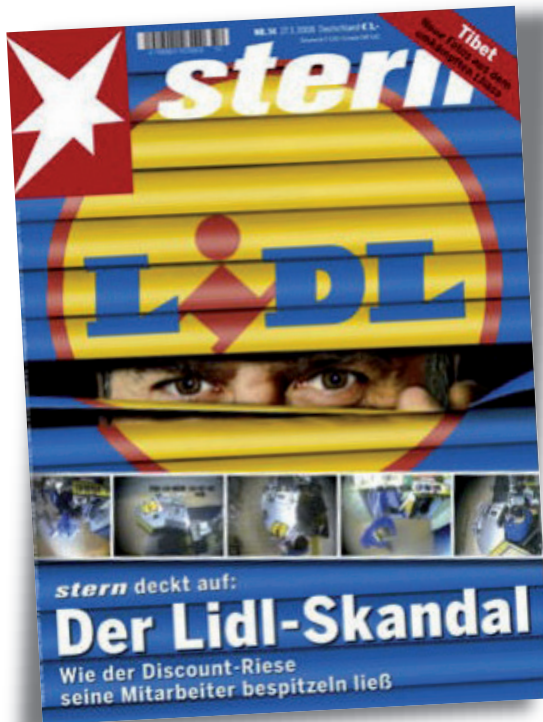
*Er ist seit 2001
Mitglied bei
netzwerk recherche e. V.*



DER LIDL-SKANDAL

Von Markus Grill

Es war kurz vor Weihnachten im Jahr 2007, als sich bei meinem Online-Kollegen Malte Arnsperger ein anonymen Informant meldete.



stern-Titel vom 27.3.2008

Er behauptete, im Besitz geheimer Überwachungsprotokolle des Lebensmitteldiscounters Lidl zu sein. Der Informant schickte zwei oder drei dieser Protokolle zu. Sie waren im gleichen Duktus gehalten wie ein Überwachungsprotokoll, das die Gewerkschaft Verdi bereits Jahre zuvor im „Schwarzbuch Lidl“ veröffentlicht hatte. Das Material war also vielversprechend.

Die „stern“-Online-Redaktion informierte die Print-Redaktion, in der ich arbeitete und wir erkannten schnell, dass der Fall auch für das gedruckte Heft spannend sein könnte. Also recherchierten Malte Arnsperger und ich von da ab die Geschichte gemeinsam. Der Informant schickte schließlich das gesamte Material: Rund 500 DIN-A-4-Seiten mit Überwachungsprotokollen aus verschiedenen Lidl-Filialen. In den Protokollen war jeweils mit Tag und Uhrzeit notiert, wann und wie

häufig Lidl-Mitarbeiter auf die Toilette gingen, wer mit wem möglicherweise ein Liebesverhältnis hatte, wer an welchen Stellen tätowiert ist, wer nach Ansicht der Überwacher unfähig ist oder einfach nur „introvertiert und naiv wirkt“. Die meisten dieser Einsatzberichte stammten aus Lidl-Filialen in Niedersachsen, dazu kamen einzelne Abhörberichte aus Rheinland-Pfalz, Berlin und Schleswig-Holstein. Uns war schnell klar: wenn das Material echt ist, belegt es massive Datenschutzverstöße von Europas größtem Lebensmitteldiscounter gegenüber seinen Mitarbeitern.

Für mich war die Fülle des Materials zunächst ein Indiz für Echtheit. Wer Unterlagen fälscht, macht das eher selten über mehrere hundert Seiten. Dazu enthielten die Überwachungsprotokolle auch zu viele detaillierte Harmlosigkeiten und Banalitäten. Wir haben uns schließlich mit dem Informanten getroffen und uns mehrere Tage mit ihm zusammen gesetzt und wollten alles wissen, was er wusste. Wir haben uns über die Überwachungstechnik informiert, wollten wissen, welche Kameras zum Einsatz kamen, haben uns inkognito Lidl-Filialen angeschaut und überprüft, ob die Decken wirklich so beschaffen waren, dass man darin Miniatur-Objektive verstecken konnte.

Die Überwachung funktionierte, wie uns geschildert wurde, immer nach dem gleichen Muster: Montagmorgen um sechs Uhr kommen die Lidl-Detektive bei einer Filiale an. Dem Marktleiter wird mitgeteilt, dass man Ladendiebe aufspüren wolle und deshalb Kameras installiere. Im Pausenraum werden die Monitore aufgebaut, dann schleicht der Detektiv durch den Laden und hält seine Beobachtungen mit einem Diktiergerät fest. Die anschließend gefertigten Berichte zeigen aber, dass es nicht um Ladendiebe geht, sondern um das Ausespionieren der eigenen Mitarbeiter.

Schließlich haben wir einzelne Filialen, über die uns Spitzelprotokolle vorlagen, aufgesucht und haben mit den Verkäuferinnen gesprochen, die in Berichten der Detektive auftauchen. Sie alle waren entsetzt, zu erfahren, wie neugierig ihr Arbeitgeber war, dass ihr Privatleben ausspioniert wurde und die Gespräche festgehalten wurden, die sie mit Kollegen geführt hatten. Besonders seltsam mutete der Überwachungswahn bei Lidl an, weil der Gründer des Unternehmens, der Milliardär Dieter Schwarz, selbst so gut wie unsichtbar ist für die Öffentlichkeit. Es gibt kaum Bilder von ihm, Interviews sind eine Rarität. Als wir mit ihm sprechen wollten, hat man auch uns ausrichten lassen, das sei nicht möglich.

Am 27. März 2008 erschien unser Artikel über die „Lidl-Stasi“ als Titelgeschichte im „stern“. Das Medienecho war gewaltig. Alle Zeitungen berichteten über den Fall. Selbst in Ländern wie Österreich, Großbritannien oder Tschechien, wo Lidl ein Begriff ist, sorgte der Fall für große Aufmerksamkeit. Viele Menschen waren empört, als sie von den Überwachungsmethoden des Discounters erfuhren. Lidl selbst spielte dagegen zunächst toter Mann, das heißt: sie reagierten überhaupt nicht. Danach verfolgten sie eine unter Konzernen beliebte Strategie: Lidl behauptete, die Bespitzelung sei eine Überreaktion von Einzelnen in der Vergangenheit gewesen. Es ist das gleiche Lied, das Unternehmen immer wieder anstimmen, wenn ihnen skandalöse Praktiken nachgewiesen werden. Man behauptet, es seien „Einzelfälle aus der Vergangenheit, die aus dem Zusammenhang gerissen sind.“ Dann aber merkte Lidl: Sie kriegen das Thema auf diese Weise nicht tot. Daraufhin haben die Lidl-Chefs Klaus Gehrige und Frank-Michael Mros ein harmloses Interview in der BILD-Zeitung gegeben, sich bei den Mitarbeitern entschuldigt und angekündigt, jeder bekomme 300 Euro Extragelalt. Schließlich haben sie einen Spin-Doktor engagiert, einen Experten für Krisen-PR, der dem Thema einen anderen „Dreh“ geben sollte. Der Spin war, die Bespitzelung

durch ein legitimes Anliegen, nämlich die „Inventurverluste“ zu rechtfertigen. Weil in den Filialen eben so viele Waren verschwinden, habe man Detektive eingeschaltet. Als ehrlicher Kunde könne man das sicher nachvollziehen, versuchte Lidl zu argumentieren. Besonders erfolgreich war diese PR-Strategie allerdings auch nicht.

Am Tag der Veröffentlichung des Lidl-Skandals saß ich in der Talkshow von Johannes B. Kerner und sollte erklären, was passiert war. Auch der Lidl-Chef war eingeladen, kam aber nicht. Sechs Wochen später war es dann soweit. Ich saß erneut bei Kerner, diesmal aber zusammen mit dem mächtigsten Manager bei Lidl, dem Aufsichtsratschef Klaus Gehrige. Doch was von Gehrige als PR-Offensive geplant war, ging nach hinten los. Man glaubte ihm schlicht nicht, dass er die Bespitzelung der Mitarbeiter wirklich bereute, denn er mühte sich nach Kräften, sie erneut herunter zu spielen und nannte die systematische Überwachung „dumme Dinge“ und „Dappigkeiten“. Spiegel-Online bescheinigte dem Lidl-Chef damals „eine seltsame Mischung aus Dreistigkeit und Weinerlichkeit“.

Im September 2008 wurde Lidl von den Datenschutzbehörden verschiedener Bundesländer ein Bußgeld von 1,5 Millionen Euro aufgebürdet. Es war das höchste Bußgeld, das jemals in Deutschland für einen Datenschutzverstoß ausgesprochen wurde. Gemessen am Umsatz von Lidl oder dem Vermögen seines milliardenschweren Besitzers Dieter Schwarz sind die 1,5 Millionen Euro natürlich ein Klacks. Viel wichtiger aber war die ganze Debatte um die Mitarbeiterbespitzelung, die wir mit der Enthüllung des Lidl-Skandals in Deutschland ausgelöst hatten. Sie hat dafür gesorgt, dass die Öffentlichkeit erkannt hat, wie wichtig Datenschutz sein kann. Dass es auch in Zeiten von Facebook und Co. eine schützenswerte Privatsphäre gibt und eine Grenze, die kein Arbeitgeber ungestraft übertreten darf.

Markus Grill, 44, arbeitet heute als Reporter beim Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“.

Er ist seit 2009 Mitglied bei netzwerk recherche e. V.



GESUCHT WIRD: DOTTORE CENNI IN VENEDIG

Von Egmont R. Koch

Ausgangspunkt der Recherche war ein kurzer Artikel im englischen Fachorgan Art Newspaper. Einem ausgebufften Gauner, so hieß es in der September-Ausgabe 1999, sei es gelungen, in Venedig ein halbes Dutzend europä-

Aber natürlich stellte der Serientitel auch eine Herausforderung dar, denn wir wollten diesen Dottore Cenni natürlich nicht nur suchen, sondern auch finden und ihn vor die Kamera bekommen.



Den Film „Gesucht wird... Dottore Cenni“ hat die ARD im Mai 2000 ausgestrahlt.

ischer Kunsthändler übers Ohr zu hauen. Der Italiener, ein gewisser Dottore Cenni, habe seinen Gästen in einem angemieteten Palazzo großes Theater geboten und sie dabei trickreich um diverse Stiche, Radierungen, Gemälde und alte Bücher erleichtert. Gesamtschaden: einige Millionen Dollar, der Großteil der Werke war nicht versichert. Das Branchenblatt schrieb voller Empörung über den Betrugsfall, obwohl bereits die Basisfakten der Geschichte erkennen ließen, dass Naivität und Geldgier der Betrogenen deutlichen Anteil am Gelingen des Coups gehabt haben mussten.

Es schien meinem Kollegen Michael Wech und mir eine Story, wie gemacht für die (später leider eingestellte) WDR-Fernsehreihe „Gesucht wird...“ – endlich einmal ein leichtes Sujet, kein Skandal, kein politischer Hintergrund, stattdessen schöne Kunst, zauberhaftes Ambiente und ein offensichtlich ziemlich geniales Gaunerstück. Die Redaktion war sofort begeistert.

Erste Recherchen führten zu Helmut H. Rumbler nach Frankfurt, einem der in Venedig betrogenen Händler, Spezialität „Alte Meister“. Der Mann konnte sein Unglück noch immer nicht fassen. Es habe alles so glaubhaft geklungen, stöhnte er. Und dann erzählte er seine Leidensgeschichte: Dottore Cenni meldete sich eines Tages am Telefon, er sei ein italienischer Industrieller und Kunstsammler mit Wohnsitz in Kanada, der kurzfristig nach Venedig komme, um seine herzkrankte Mutter im Hospital zu besuchen. Ob denn Rumbler nicht mit

diesem und jenem Werk aus seinem Bestand, die er einmal auf einer Ausstellung bewundern durfte, für ein Wochenende in die Stadt an der Lagune kommen könne, als sein Gast selbstverständlich. Er wolle ein, zwei Stiche kaufen, vielleicht noch mehr. Rumbler reiste an, nahm seine Frau mit, aus dem reservierten Zimmer im Nobel-Hotel Des Bains auf dem Lido konnten sie aufs Meer hinaus blicken.

Gleich nach der Ankunft rief er bei Cenni im Palazzo an. Es meldete sich dessen Sohn Massimo, der den Vater entschuldigte, er säße noch immer am Krankenbett, werde aber demnächst zurück erwartet. Er schicke ihnen umgehend ein Taxiboot, damit sie den Weg nicht suchen müssten. Die Villa in der Nähe des Canale Grande erwies sich als imposant, aus Lautsprechern erklang gedämpft klassische Musik, einige Bedienstete wieselten herum, offerierten Champagner. Aber Cenni-Senior kam nicht. Stattdessen kam ein weiterer Anruf von ihm, er bat Rumbler an den Apparat, säu-

selte ihm ins Ohr, seiner Mutter ginge es sehr schlecht, vielleicht überlebe sie diese Nacht nicht, er könne jetzt nicht weg.

Ob denn Rumbler nicht die Bilder im Palazzo lassen könne, damit er sie sich noch einmal anschauen und eine Auswahl treffen könne, wenn er spät in der Nacht heimkehre. Er käme dann am nächsten Mittag ins Les Bains, um das Finanzielle zu regeln. Der Frankfurter Kunsthändler ließ seine Stiche tatsächlich zurück, er hegte nicht den leisesten Zweifel, zumal ihm Cenni-Junior auch noch eine Quittung ausstellte. „Die Geschichte schien stimmig und wir waren bester Stimmung – wir hatten Hochzeitstag, über dem Canale Grande stand der Vollmond und für den nächsten Tag erwarteten wir einen schönen Abschluss“ (O-Ton Rumbler).

Der Katzenjammer kam in Schüben: Erst tauchte Cenni nicht im Hotel auf, auch Stunden nach dem verabredeten Termin nicht, dann erfuhr Rumbler an der Rezeption, sein Zimmer sei zwar reserviert aber keineswegs bezahlt worden, und schließlich fand er den Palazzo bei der Rückkehr verwaist vor. Keine Spur von den Cennis und ihrem Personal, die alarmierte Polizei stieß im Haus nur auf leere Hüllen und Rahmen, die offenbar von Objekten anderer Kunsthändler stammten, die vor oder nach den Rumlern dort zu Gast waren.

Gleich bei unserem ersten Aufenthalt in Venedig bekamen wir völlig unerwartete Unterstützung von der Questura. Dottore Cenni, der eigentlich Alberto Bassoli heiße, so erfuhren wir, habe früher einmal als falscher Zahnarzt in der Lagunen-Stadt praktiziert; seit geraumer Zeit nehme er mit seiner neuen Masche Kunsthändler aus, einmal in einer Suite eines Nobelhotels in Mailand, einmal in einer Villa im Aosta-Tal usw. Wir hatten zum Glück eine kleine Videokamera dabei und konnten im Kommissariat drehen, was wir wollten, bekamen sogar Einblick in Bassolis Akte und erhielten wunderbare O-Töne des Commissa-

rio, weil der sich maßlos ärgerte, dass der Schurke in diesem Stück wieder einmal Venedig als Bühne ausgewählt hatte. Bassoli, so stellte sich heraus, wurde in Italien seit langem per Haftbefehl gesucht und hatte die angeblichen Anrufe vom Krankenbett offenbar aus einem Appartement in Prag getätigt. Seine Familie lebte in Rimini. Verwandte und Freunde, so stellte sich heraus, hatten Statistenrollen in dieser Inszenierung übernommen (Bedienstete, Taxiboot-Fahrer) und es existierte sogar ein echter Massimo Cenni, der im Palazzo den Sohn gegeben hatte. Aber wie kamen wir mit Bassoli alias Cenni-Senior in Kontakt? Wenn sonst nichts hilft, so dachten wir, hilft manchmal ein direkter Appell an die Eitelkeit. Wir hinterließen in Rimini einen Brief, aus dem die Bewunderung nur so triefte, er sei ja wohl „der größte Gauners des Jahrhunderts“, unser Film ausschließlich über seine Glanzstücke bedürfe deshalb unbedingt seiner Mitwirkung.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Unser Brief habe ihn erreicht, das klinge alles sehr interessant, er müsse erst noch ein Ding hier in Paris erledigen, dann könnten wir uns in Prag treffen, fabulierte Bassoli am Telefon. Einige Wochen und etliche Windungen später saßen wir ihm im Hilton in Prag gegenüber – keine Polizei, kein Aufnahmeteam, das war die Bedingung. Er brachte ein paar seiner Nebendarsteller aus dem Palazzo mit, wir einen Dolmetscher und unsere kleine Videokamera. Nach ersten Widerständen stand sie irgendwann gut sichtbar auf dem Tisch. Bassoli lümmelte sich in seinen Sessel, stocherte lustlos im Kuchen herum; unterdessen plauderte und plauderte er, erzählte nicht nur, wie der den Coup in Venedig vorbereitet hatte, sondern auch wie andere Operationen abgelaufen waren. Es wurde ein vergnüglicher Abend – und, Dank seiner Mitwirkung, ein ebenso amüsanter Film. Als wir im Hilton alles im Kasten hatten, wurden wir von Bassoli verdonnert, ihn und seine Entourage zum Essen einzuladen.

Egmont R. Koch, 62, arbeitet seit 1976 als Autor und Produzent für ARD und ZDF.

Er ist seit 2001 Mitglied bei netzwerk recherche e. V.



DIE GEHEIME LISTE DER STASI-GEBÄUDE

Von David Crawford

Ich fand eine meiner interessantesten Geschichten am Rande einer Pressekonferenz im Roten Rathaus von Berlin.

Es war Anfang 1990 – das Jahr, in dem die DDR aufhören sollte zu existieren. Ich hoffte, mehr über den ostdeutschen Geheimdienst, die Stasi zu erfahren. Der Veranstalter, das staatliche Komitee zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (zu DDR-Zeiten das MfS – Ministerium für Staatssicherheit), bot auf dieser Pressekonferenz einen Armee-General als Gesprächspartner an. Er sagte natürlich nichts, was meinen Lesern weiterhelfen würde. Aber Pressekonferenzen bieten mehr als nur das, was die Veranstalter anbieten wollen. Sicherlich wollte ich als freier Journalist eine kurze Meldung über die Pressekonferenz schreiben. Aber ich hatte meine Augen offen, denn Pressekonferenzen ziehen auch andere Personen an – Experten offizieller und inoffizieller Art.

Weder vor, noch nach der Pressekonferenz sprach ich mit dem General. Ich hatte seine Kontaktinformationen und ich war sicher, ich konnte von ihm mehr bei einem Termin unter vier Augen erfahren, als in einer Gruppe. Noch besser, bei einem eigenen Termin hätte ich wenigstens seine Aussagen exklusiv. Vielmehr sprach ich mit vielen der anderen Teilnehmer, die keine Journalisten waren und die aus eigenem Interesse die Pressekonferenz besuchten. Und ich wurde fündig.

Ein junger Mann, der Jeans trug, erzählte mir von einem Problem. Er hatte die Adressen von dutzenden ehemaligen Stasi-Objekten in Berlin. Nun versuchte er herauszubekommen, was vor wenigen Monaten in diesen konspirativen Wohnungen, Dienstobjekten und unterirdischen Bunkern geschah.

Kurze Zeit später saßen wir zusammen und er zeigte mir seine Liste. Er erzählte, woher die Adressen stammten und dass er kaum Unterstützung für seine Aufklärungsarbeit fand. Ich



taz vom Juni 1990

lernte zusätzlich bei diesem Gespräch, dass es andere Leute in anderen Städten und Bezirken der DDR gab, die auch versuchten, Stasi-Objekte zu identifizieren.

Für die Mitglieder der Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi war es wichtig, Stasi-Objekte zu identifizieren, da sie wollten, dass der ehemalige Geheimdienst seine Arbeit einstellt. Durch die Besuche und die Versiegelung der Arbeitsräume konnten auch Stasiakten sichergestellt und in einem zentralen Archiv gelagert werden. Und Grundstücke wie die der Stasi-Objekte sind wertvoll. Die Bürgerkomitees wollten verhindern, dass Staatsvermögen in dunkle Kanäle verschoben wird.

Die DDR hatte 15 Bezirke. Jeder Bezirk hatte eine eigene Bezirksverwaltung des MfS und im Frühjahr 1990 ein eigenes Bürgerkomitee zu dessen Auflösung. Und es gab auch ehrenamtliche Leute, die versuchten die Stasi-Objekte in dem jeweiligen Bezirk aufzufinden. Ich war an der Information über diese Objekte

interessiert. Aber ich war nicht bereit, Geld für diese Informationen zu bezahlen. Ich hatte kaum Geld, dafür aber viel Zeit.

Ich wollte alle 15 Objektlisten sammeln. Ich erzählte keinem Kollegen von meinem Vorhaben, denn ich wollte keine Konkurrenz bei meiner Suche. Aber für jede neue Bezirksliste, die ich entdeckte, suchte ich ein oder zwei Helfer, um an eine Kopie zu kommen. Bis ich erfuhr, dass es eine Hauptliste in der Berliner Stasizentrale gibt.

Die Hauptliste war auf etwa zehn 5 1/4 Zoll Computer-Disketten gespeichert. Ein Freund brachte einen Satz dieser Disketten über die Grenze nach Westberlin, versteckt in seinen Unterhosen. Mit viel Freude steckte ich die Disketten in mein Computerlaufwerk. Leider waren sie verschlüsselt. Ich konnte sie nicht lesen.

Ich bastelte gern mit Computern rum, hatte aber Hemmungen, mit diesen Disketten zu spielen. Ein einziger Tipp- oder Übertragungsfehler konnte zu einer falschen Identifizierung einer privat bewohnten Wohnung als Stasi-Treffpunkt führen. Dies konnte die Glaubwürdigkeit des ganzen Projektes in Frage stellen. Ich suchte wieder Experten.

Die fand ich beim Chaos Computer Club in Hamburg. Damals knackten Steffen Wernery und Wau Holland gesicherte Computersysteme als Hobby und beruflich. Sie brauchten nur zehn Minuten, um meine Stasi-Daten freizulegen. Dann entdeckten wir ein neues Problem. Die Daten waren aufgezeichnet in einem DDR eigenen Datenbanksystem, Redebas. 24-Stunden später waren wir Redebas-Experten. Ich hatte die Stasi-Objekt-Liste.

Aber was macht man mit 9.251 Datensätzen? Die Bürgerkomitees hatten dutzende Mitglieder in der ganzen DDR für die Aufarbeitung eingesetzt. Ich hatte nur eine Handvoll Freunde. Aber ich hatte einen Vorteil: ich war nicht zur Verschwiegenheit verpflichtet. Im Gegensatz zu den Mitgliedern der Bürgerkomitees. Ich konnte die Stasi-Objekt-Liste veröffentlichen. Mit einer Veröffentlichung konnte jeder in der DDR selbst seine Augen für Stasiobjekte in

seiner Nachbarschaft offenhalten.

Ich ging zur „tageszeitung“ (taz), weil sie damals die einzige westdeutsche Tageszeitung war, die über den Postzeitungsvertrieb in der ganzen DDR an Zeitungskiosken erhältlich war. Die erste Anfrage war vielversprechend. Die Redaktion Inland war bereit, die Stasi-Objekt-Liste als Sonderausgabe zu veröffentlichen.

Die Tageszeitung hatte aber auch eine DDR-Redaktion, die verhindern wollte, dass die Stasi-Objekt-Liste veröffentlicht wird. Ich wurde dreimal zu Redaktionskonferenzen – wegen der damaligen Vereinstruktur der taz Mitgliederversammlungen genannt – eingeladen, um mein Vorhaben zu verteidigen. Auf jeder dieser drei Versammlungen wurde ich in der Diskussion teils gelobt und teils als möglicher Geheimdienstmitarbeiter beleidigt. Am Ende jeder dieser drei Versammlungen wurde über die Veröffentlichung abgestimmt. Ich gewann alle drei Abstimmungen.

Wir mussten dann einen Weg finden, die Daten nutzbar und auch leserlich zu machen. Mit „Suchen“ und „Ersetzen“ wandelte ich mit dem Computer alle Fachbegriffe in verständliches Deutsch. Ich baute Grafiken ein, damit die Leser die Daten besser verstehen konnten. Und ich legte die Daten aller 15 Bezirke zusammen, so dass die Adressen alphabetisch nach Ortsnamen zu finden waren.

Nach Erscheinen der Liste in der taz haben viele DDR Zeitungen die Veröffentlichung kritisiert: Sie sei ein Aufruf zur Gewalt. Es gab Gerüchte über gezielte Gewalt gegen Stasimitarbeiter durch Täter, die angeblich durch die Veröffentlichung angeregt wurden. Ich versuchte, die Täter und Opfer zu finden. Es gab sie nicht. Es waren eben nur Gerüchte. Die Friedliche Revolution in der DDR war in jeder Hinsicht friedlich.

Später hatte ich andere Listen gesucht, Listen von Stasimitarbeitern, aber auch Listen von Steuersündern und Schmiergeldempfängern in Liechtenstein und anderswo. Ich hatte oft nur Teilerfolge, dafür aber die Grundlage für viele Geschichten.

David Crawford, 58, ist Redakteur des „Wall Street Journal“ mit Sitz in Berlin.

Er ist seit 2002 Mitglied bei netzwerk recherche e. V.



IN DEN GÄNGEN DES ARBEITSAMTES

Von Julia Friedrichs



Das Thema Hartz IV trat im Herbst 2004 in mein Leben. Ich war gerade mit meinem Volontariat beim Westdeutschen Rundfunk fertig und noch ein gutes Jahr vom Abschluss meines Studiums entfernt, als der WDR die großartige Idee hatte, der Reportage in seinem Programm mehr Raum zu geben. „Aktuelle Dokumentation“ war der vielleicht etwas steif anmutende Name dieser Idee. Es war ein Zufall, dass ihre Realisierung mit dem Start von Hartz IV zusammenfiel und es war ein großes Glück, dass der WDR damals den Mut hatte, Kamerateams und Reporter loszuschicken, mit nicht viel mehr als dem Auftrag hinzusehen und dabei zu sein, wenn die größte Sozialreform der bundesdeutschen Geschichte Realität werden würde.

Wir waren zunächst skeptisch, ob man mit einer Recherche, die im Wesentlichen aus Herumlaufen, Zuschauen und Fragen bestand, genug Neues würde herausbekommen kön-

nen. Aber man konnte. Gemeinsam mit meinen Kollegen Markus Zeidler und Christian Feld verbrachte ich zunächst einen Monat in den Gängen und Büros des Arbeitsamtes in Hagen. Wir waren dabei, als in der Vorbereitung der Reform immer wieder das Computerprogramm abstürzte, als viel zu viele Anträge in viel zu knapper Zeit bearbeitet werden mussten. Wir sahen, wie Arbeitslose beim großen Umzug der Ämter kurz nach Weihnachten Kartons mit ihren eigenen Akten durch die Flure fuhren und wir spürten in den ersten Tagen des Januar 2005, was sich als großes Problem dieser Reform herausstellen würde: Da wurde ein Gesetz, das das Leben der Menschen, die Geld vom Amt bekommen, und das Leben derer, die im Amt arbeiten, komplett verändern würde, einfach durchgedrückt. Und das, ohne dass die Politik, das, was sie tat, zu Ende gedacht hatte.

In den nächsten sechs Jahren kehrte ich immer wieder zum Thema Hartz IV zurück. Ich drehte gemeinsam mit vielen Kollegen sechs Dokumentationen. Ich fasste zusammen mit Eva Müller und Boris Baumholt unsere langjährige Recherche in einem Buch zusammen (Deutschland dritter Klasse. Leben in der Unterschicht. April 2009) und portraitierte gemeinsam mit ihnen drei der Menschen, die wir über Jahre begleitet hatten, für das ZEIT-Magazin.

Tage, Wochen, ja Monate verbrachte ich so wie im Dezember vor der Reform: zuschauend und fragend. In den Wohnungen von Arbeitslosen, in den Büros im Amt, auf den Straßen, in Hagen, in Wattenscheid, in Wuppertal. Dabei sah ich, wie vieles, das im Gesetz gut klang, an der Realität zerschellte. Drei Beispiele: Arbeitslose sollten als Ein-Euro-Jobber gemeinnützige Arbeit tun, verlangte das Gesetz. Als wir ein Jahr nach Beginn der Reform mit der

Kamera durch die Stadt Hagen fahren, waren diese Billigjobber vom Amt überall. Sie harkten auf dem Friedhof die Gräber, sie fällten im Forst die Bäume und gaben in der Schule das Essen aus. Und natürlich nahmen sie damit anderen die Arbeit weg. Beispiel 2: Das Gesetz sah vor, dass Unternehmen, die Langzeitarbeitslose einstellen, Fördergelder bekommen sollten. Als wir ein Jahr nach Beginn der Reform Gespräche im Büro eines Arbeitsvermittlers filmten, hörten wir, wie die Unternehmen mal vorsichtig, mal etwas forscher nach diesen Geldern fragten. Vier Jahre später erlebten wir, wie sie ganz selbstverständlich danach verlangten. „Es heißt sofort: Wie viel kriege ich denn?“, sagte uns ein Vermittler. „Umsonst nimmt kaum mehr Einer einen Arbeitslosen“, sagte ein anderer. Das hatte der Gesetzgeber wohl nicht beabsichtigt. Beispiel 3: Ein Ziel der Reform war, aus den Mitarbeitern der Behörde „Arbeitsamt“ smarte Fallmanager zu machen. Fünf Jahre lang trafen wir einen Mitarbeiter des Arbeitsamtes Hagen immer wieder. „Ich bin ein Pionier“, sagte er zu Beginn stolz. „Was soll ich managen?“, fragte er nach einem Jahr. „Für viele Leute habe ich einfach keine Jobs.“ Als wir ihn nach fünf Jahren wieder treffen wollten, hatte er das Amt verlassen. „Ich verwalte jetzt die Gebäude der Stadt“, erklärte er und sagte auch: „Viele, die konnten, sind gegangen.“

„Wer erst mal abtaucht in die Wirklichkeit, wer sich hineinfallen lässt, wird immer mit dem Schatz zurückkehren, der sich Wahrheit nennt“,

beschreibt Mathias Werth, Gründungsredakteur der „Aktuellen Dokumentation“ und Redaktionsleiter der WDR-Redaktion „die story“ die Idee, die hinter dieser Art Filme zu machen steckt. Das mag ein wenig pathetisch klingen. Aber ich bin überzeugt davon, dass es stimmt. Statistiken und Studien, Veröffentlichungen und Verlautbarungen, Details und Dokumente – das alles sind zu Recht Zutaten des Futters, von dem sich Journalisten ernähren. Für mich ist – auch durch die Erfahrung mit Hartz IV – eine Recherche, bei der der Journalist schaut und fragt, bei der er sich mit einer klaren Haltung, aber ohne ein feststehendes Ergebnis in die Welt hineinbegibt, bei der er scheitern, aber auch Erstaunliches finden kann, genau so wichtig.

Denn diese Form der Recherche ist eine, die sich einem Trend entgegensetzt. Einem Trend, der in vielen Redaktionen grassiert: Da werden Konzepte und Treatments verlangt, bei denen das Ergebnis einer Recherche möglichst schon vor Beginn feststehen soll. Da werden Fotos und Zitate von allen Menschen eingefordert, die in dem Stück vorkommen werden, damit klar ist, ob sie als „gute Protagonisten“ taugen. Da werden Zweifel und offene Fragen kaum zugelassen, weil alles auf eine klare, starke These zulaufen soll. All das wirkt auf mich, als wolle man die Vielfalt des Lebens vom Schreibtisch aus beherrschen. Ich glaube nicht, dass das geht. Deshalb bin ich froh, dass ich reisen, schauen und fragen kann, wenn ich recherchiere.

Julia Friedrichs, 32, arbeitet als freie Autorin von Fernsehreportagen und Sachbüchern.

Sie ist seit 2006 Mitglied bei netzwerk recherche e. V.



FRANK PLASBERG, „HART ABER FAIR“ (WDR)

„Die Ausdauer, eine Geschichte über einen langen Zeitraum immer weiter zu verfolgen; der Biss, dran zu bleiben, auch wenn es keine schnellen Antworten gibt; die Offenheit, eine Geschichte neu zu sehen, wenn sie sich in einem anderen Licht darstellt: All diese Fähigkeiten kann man nicht in einem Seminar an der Universität lernen, und es gibt zu wenige Redaktionen, in denen man ihnen zuverlässig begegnen könnte. Netzwerk Recherche schafft einen Ort, an dem Journalisten diese Tugenden finden und üben können. Und das ist gut so.“

IN GEFÄHRLICHER GRAUZONE

Von Volker Lilienthal

Am Anfang war es nur ein Videozuschnitt von ein paar Minuten: Eine Unbekannte offerierte potenziellen Kunden Schleichwerbung in der ARD-Serie „Marienhof“. Der Clou dabei: Die angesprochenen Werbungstreibenden sollten ganze Sätze kaufen können und



Szenenbilder aus „Marienhof“ mit „Nix wie weg“-Schleichwerbung

gegen Geld über das Drehbuch mitbestimmen. Wenn das stimmte, wäre es eine neue Qualität im Millionen-Geschäft mit verbotenem Product-Placement.

Als ich dieses Belastungsmaterial im Sommer 2002 auf verschlungenen Wegen erhielt, war ich skeptisch. Konnte es sein, dass die renommierte Bavaria-Film, mehrheitlich im Besitz öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, das Fernsehprogramm der eigenen Gesellschafter und Auftraggeber als geheime Werbefläche feilbot?

Oder war am Ende das ganze Video ein Fake? Zudem war es damals schon etwas älter. Vielleicht hatte sich das Geschäftsmodell längst

erledigt? Alte Brötchen wollte ich den Lesern von „epd medien“ und „journalist“, meinem Kooperationspartner bei diesem Projekt, nicht verkaufen. Zudem war das Video offensichtlich unter Bruch von § 201 Strafgesetzbuch zustande gekommen: Niemand darf das vertraulich gesprochene Wort unerlaubt aufzeichnen. Auch nicht daraus zitieren, selbst wenn er es – wie ich – nicht selbst aufgenommen hatte. Es sei denn, er kann sich auf höhere Interessen berufen. Konnte ich? Ich glaubte schon und bewegte mich kalkuliert in eine rechtliche Risikozone. Mir drohten bis zu drei Jahre Gefängnis oder Geldstrafe.

Aus meiner Erfahrung in der Grauzone der Schleichwerber wusste ich: Da wird konsequent geleugnet, wenn ein Journalist anruft und schlicht mal nachfragt. „Kein Geld geflossen, reiner Zufall, dass diese Marke im Bild erscheint.“ Also entschied ich mich zu einer verdeckten Recherche, zu einem Experiment, innerhalb dessen ich von den Vermarktern dieser (damals noch komplett) verbotenen Reklameform Auskünfte erhoffen konnte, die stimmten.

Ein Freund lieh mir dazu seine Firmenidentität: Als Vertreter eines namentlich nicht genannten Markenartiklers suchten wir angeblich nach Gelegenheiten zur Werbung mitten im Programm. Die Münchener Agentur, die mit dem „Marienhof“ im Portfolio unterwegs war, biss an – und nannte Preise: 175.000 Euro fürs Zehnerpack in der Vorabendserie. Dann kam die offene Recherche: Ich konfrontierte Bavaria-Verantwortliche mit dem Belastungsmaterial.

Die aber leugneten und dementierten, Agenturinhaber Andreas Schnoor auch nur zu kennen. Alarmiert haben sie ihn trotzdem – ein Journalist war den Machenschaften auf die Schliche gekommen. Schnoor setzte die Justiz

gegen mich in Gang mit dem Ergebnis, dass mir rund 20 Monate lang jegliche normale Recherche (und verdeckte sowieso) gerichtlich verboten war. Ganz klar: Die Aggressivität der interessierten Kreise, deren Geschäftsgrundlage infolge meiner Nachforschungen wegzubrechen drohte, hatte ich unterschätzt. Für mich und den epd wurde die Sache auch finanziell gefährlich. Denn der Kläger Schnoor hatte den Streitwert auf 1,5 Millionen Euro festsetzen lassen. Glücklicherweise hatten wir die Solidarität des DJV im Rücken.

Gefesselt von einer einstweiligen Verfügung konnte ich als freier Bürger dieses freien Landes lange nur eines tun: „Marienhof“ gucken und jede Episode akribisch auswerten, enthaltene Placements protokollieren und digital speichern. Das tröstete immerhin und war ein nie versiegender Quell an Belegen dafür, dass ich trotz Blockade weiterhin auf der richtigen Spur war. Am Ende wurden es so rund 500 Folgen, die ich gesehen hatte – gezwungenermaßen.

Am 20. Januar 2005 sprach das OLG München ein Machtwort: Meine gesamte Recherche,

einschließlich der teilweise verdeckten Methode, war rechters. Die Richter erkannten den erheblichen Missstand, den es bedeutet, wenn man sich im Fernsehen Sätze kaufen kann. Sie billigten mir höhere Interessen zu, weil ich darüber aufklären wollte.

Endlich konnte ein lange brachliegender Rechercheplan abgearbeitet werden. Und das Reporterglück half zusätzlich: Ein unverhoffter Insider verschaffte Arbeitsprotokolle aus Schnoors Agentur. Endlich konnte detailliert rekonstruiert werden, wie das praktisch lief mit dem totalkommerziellen Ausverkauf der Geschichten, Drehbücher und Kulissen beim „Marienhof“, aber auch in anderen Serien wie „Tatort“ und „In aller Freundschaft“. Gegen Gabe von 30.000 Euro wurde dort sogar Pharma-Werbung getrieben.

Der Skandal war perfekt, Presse und Medienpolitik tobten, und die ARD hatte reichlich Anlass, in den eigenen Reihen aufzuräumen. Einige der Gefeuerten kehrten später zurück – doch dem „Marienhof“ war nicht mehr zu helfen. Die ARD hat die Seifenoper inzwischen eingestellt.

Volker Lilienthal, 53, ist Inhaber der Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für Praxis des Qualitätsjournalismus an der Universität Hamburg.

Er ist seit 2004 Mitglied bei netzwerk recherche e. V.



HARALD SCHUMANN, DER TAGESSPIEGEL:

NR ist eine unverzichtbare Instanz zur Verteidigung des Qualitätsjournalismus gegen die rendite-getriebene inhaltliche Verflachung im deutschen Mediengewerbe geworden. Gleichzeitig bietet NR erstklassige Fortbildung an und zeigt journalistischen Einsteigern, welche Chancen unser wunderbarer Beruf all jenen bietet, die sich nicht im Mainstream der PR-gesteuerten Flut von fabrizierten Nachrichten verlieren wollen.

DIE STADT, DAS GIFT UND DER BAYER-KONZERN

von Gert Monheim

Die Geschichte dieser Recherche liegt einige Jahre zurück, könnte so aber immer wieder passieren. Überraschend und heute kaum noch vorstellbar war allerdings das Ergebnis.

Es ging um eine der größten Giftmülldeponien der Republik, die Dhünnaue in Leverkusen. Schon die IG Farben hatte hier giftige Chemieabfälle gelagert und nach dem Krieg der Bayer-Konzern. Was die Verantwortlichen der Stadt aber nicht hinderte, in den 1950er Jahren auf dieser Giftmülldeponie Wohnhäuser zu bauen, einen Kindergarten und ein Jugendheim. Durch einen Zufall war an die Öffentlichkeit gekommen, auf welcher Zeitbombe die Menschen hier lebten. Zunächst versuchten Bayer und die Stadt abzuwiegeln. Sie hatten ihre Rechnung aber ohne die Öffentlichkeit gemacht. Der Druck auf Stadt und Konzern wurde so groß, dass die Häuser schließlich abgerissen und die Bewohner umgesiedelt werden mussten.

Jetzt ging es um die Sanierung der Giftmülldeponie. Mein Kollege Ingolf Gritschneider und ich hatten von vornherein unsere Zweifel, dass der geplante Deckel auf der Giftmülldeponie ausreichen würde. Damit war möglicherweise das Aufsteigen der Gifte nach oben gestoppt, nicht aber das Absickern ins Grundwasser und – weil die Deponie unmittelbar daneben lag – in den Rhein.

Erste Anrufe beim städtischen Umweltdezernenten. Angesprochen durch die vorausgegangenen Konflikte gab der sich umweltbewusst und bereit zu einem Gespräch. Nächster Anruf bei Bayer. Ein selbstbewusster junger Pressesprecher gab sich tough: Bayer hätte doch schon weitgehend die teure Umsiedlung finanziert und sich zu einer Sanierung der Deponie nach allen Regeln der Kunst verpflichtet – ohne Anerkennung einer Rechtspflicht natür-

lich. Was meine weiteren Fragen noch sollten? Bei einem Besichtigungstermin könnten wir uns gerne von dem Sanierungsplan überzeugen, der wissenschaftlich auf dem neuesten Stand sei.

Das klang beim anschließenden Besuch des Leverkusener Umweltdezernenten schon deutlich vorsichtiger. Dem Mann war mulmig zumute, weil er als Wissenschaftler die Pläne deutlich kritischer sah, aber nicht so recht mit der Sprache raus wollte. Dafür erzählte er mir eine hübsche Geschichte: Jedes Jahr würde Bayer den Leverkusener Oberstadtdirektor und seine Dezernenten zu einem Empfang einladen. Dort würden die Amtsträger alle eine große Freitreppe hochgehen, an den Vorständen entlang defilieren und dürften dem Bayer-Chef die Hand schütteln. Darin zeige sich seiner Meinung nach das Kräfteverhältnis zwischen der Stadt und ihrem größten Steuerzahler. Einen Tag nach diesem Gespräch rief der smarte Bayer-Sprecher erbost bei mir an: Warum wir nach dem letzten Telefonat mit ihm einfach zum Leverkusener Umweltdezernenten gefahren seien, ohne Bayer darüber zu unterrichten? Ob Journalisten – konterte ich – inzwischen eine Genehmigung von Bayer einholen müssten, wenn sie städtische Dezernenten sprechen wollten? Der Mann stutzte, schien aber gar nicht zu verstehen, wo das Problem war.

Inzwischen hatten wir unabhängige Wissenschaftler zu Rate gezogen, die die Giftfracht kritisch analysierten: Tonnen von krebserregenden Stoffen mit einer ungeheuerlichen Toxizität lagerten hier. Und die Wissenschaftler betonten immer wieder die Gefahr für das Grundwasser und den Rhein, die – wenn überhaupt – nur durch eine Sperrwand zwischen Deponie und Rhein einigermaßen zu bannen sei. Nach ausführlichen Gesprächen mit Informanten wurden uns die gemeinsam von der

Stadt Leverkusen und Bayer in Auftrag gegebenen Gutachten zur Gefährdung zugespielt. Die waren bis dahin unter Verschluss geblieben und widersprachen den offiziellen Verlautbarungen. Auch auf eine deutliche Warnung der zuständigen Wasserbehörde stießen wir, die schon Jahre zuvor ausdrücklich auf die drohende Gefährdung des Trinkwassers hingewiesen hatte.

Nach wochenlangen Recherchen willigte schließlich der Betriebsleiter der Bayer AG ein, in einem Interview Stellung zu beziehen. Er spielte die Belastungen des Grundwassers herunter. Als ich ihn mit unseren Dokumenten über die Schadstoffbelastung konfrontierte und immer wieder nachbohrte, brach er das Interview entnervt ab. Während der folgenden Auseinandersetzungen und der Diskussion über eine Fortführung des Interviews war die Kamera abgeschaltet. Da stellten wir plötzlich fest, dass unser Gespräch ohne unsere Zustimmung von Bayer aufgezeichnet wurde. Wir wollten das Gespräch ganz abbrechen, denn eine solche heimliche Tonaufzeichnung ist strafbar. Wahrscheinlich weil er einen größeren Eklat vermeiden wollte, willigte der Betriebsleiter ein, das Interview ein zweites Mal zu beginnen. Wieder versuchte er zunächst, die Belastung des Grundwassers herunterzuspielen. Als ich ihn auf die Warnung der Wasserbehörde vor den Gefahren für Mensch und Tier konfrontierte, behauptete er, dieses Gutachten nicht zu kennen. Es wurde klar, dass Bayer die Vergiftung bewusst in Kauf genommen habe.

Wir hatten unsere wichtigsten Informationen zusammen und Bayer Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Danach gingen wir daran, den Film im Schneiderraum fertigzustellen. Plötzlich klingelte das Telefon. Bayer lud uns zwei Tage vor Weihnachten eilig zu einer Pressekonferenz ein. Offensichtlich wollte der Konzern den schlechten Eindruck des Interviews durch eine neue Aussage ersetzen, auf jeden Fall aber verbessern – wenige Tage vor der geplanten Ausstrahlung der Sendung im WDR. Zur Überraschung der hurtig zusammengetrommelten Journalisten bekannte sich der Konzern plötzlich zu seiner Verantwortung für die Gefährdung von Grundwasser und Rhein und wollte ein weiteres Auslaufen der Schadstoffe durch eine Sperrwand – 6,5 Kilometer rund um die Deponie und 25 Meter tief in die Erde eingelassen – verhindern. Kosten: etwa 150 Millionen DM.

Als Grund für diesen radikalen Gesinnungswandel führte der Betriebsleiter ausgerechnet unsere Auseinandersetzung während des Interviews an, die ihm – so wörtlich – „zu denken gegeben hätte“. Offensichtlich war der öffentliche Druck so groß geworden, dass auch der Regierungspräsident als Aufsichtsbehörde nicht mehr mitspielte. Es sah alles danach aus, dass unsere Recherchen den Sinneswandel des Bayerkonzerns und die notwendige Sperrwand möglich gemacht hatten – ein seltener Erfolg im Leben eines Journalisten.

Gert Monheim, 67, ist einer der Erfinder der WDR-Reihe „Die Story“.

Er ist seit 2001 Mitglied bei netzwerk recherche e. V.



Foto: WDR

MAYBRIT ILLNER, ZDF:

Vor zehn Jahren bekam eine journalistische Selbstverständlichkeit in Deutschland endlich eine Stimme! Im Kampf gegen den Trend „Aktualität geht vor Realität“ vereinigte sich ein kleines Häuflein Unerschrockener. Ihr Ziel: Korruption und Manipulation bekämpfen, und auch Verlegern und Chefredakteuren auf die Füße treten, die glauben, man könne allein mit dem Redigieren von Pressemitteilungen gutes Geld verdienen.

Aus dem Häuflein wurde ein Haufen – GLÜCKWUNSCH! Denn wie schon Albert Einstein sagt: „Nichts in der Welt ist so gefürchtet wie der Einfluss von Männern (und Frauen, sorry, Albert!), die geistig unabhängig sind.“

DOPING-RECHERCHEN IN CHINA

Von Hajo Seppelt

Im Frühjahr 2008 bereiteten wir für die ARD eine Dokumentation über Doping in China vor. Die Zeit lief davon. Im Juli sollte der Film auf Sendung gehen. Mehrere Drehreisen standen noch an, deren Ausgang ungewiss war. Die chinesischen Behörden reagierten schleppend auf Interviewanfragen. Informanten aus der chinesischen Sportszene hatten Angst vor

hineinkopiert waren: ein Link zu einem Krankenhaus im Süden Chinas. Ein Klick auf die Website des Krankenhauses – in englischer Sprache – zeigte, was das Regelangebot der Klinik war: schwerkranke Patienten aus westlichen Ländern gegen teures Geld mit Stammzellverabreichungen zu therapieren. Eine missbräuchliche Anwendung bei gesunden Men-



Polizei und Staatssicherheit und wollten nur verdeckt mit uns reden oder gar nicht mehr, wenn es zu gefährlich für sie zu werden schien. Die Recherche in China, schon durch die sprachlichen und kulturellen Barrieren erschwert, hing am seidenen Faden. Plötzlich aber fanden wir einen Erfolg versprechenden Ansatz. In einem kleinen Artikel in einer kanadischen Zeitung wurde ein Arzt namentlich zitiert, der sagte, er wisse von nordamerikanischen Sportlern, die zu Gendoping-Behandlungen nach China reisten. Wir nahmen mit dem Mediziner Kontakt auf, der sich zu einem Gespräch vor der Kamera bereit erklärte. Tatsächlich sagte er im Interview, dass US-Sportler zu Gendoping-Behandlungen seit Jahren eine oder mehrere Kliniken in China aufsuchen würden. Er kenne diese Sportler, könne aber deren Namen nicht nennen. War seine Aussage glaubwürdig? Letztlich war es zunächst nur eine Behauptung ohne Beleg. Dann aber bekamen wir eine Email des Arztes ohne weiteren Kommentar, in die offenbar Inhalte aus einer ihm zugegangenen Nachricht

schen, etwa Sportlern, kann tatsächlich den Tatbestand des Gendopings nach dem Code der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) erfüllen. Der Nutzen ist umstritten. Dennoch ist bereits der Versuch des Dopens nach dem Code der WADA verboten. Es wäre unzweifelhaft ein internationaler Skandal für China – gerade im Jahr der Olympischen Spiele.

Wie konnten wir nun herausfinden, ob die Informationen stimmten? Wir entschieden uns für eine Legende und gaben uns in einer Email an die Klinik als US-Schwimmtrainer aus, der für eines seiner Talente eine Stammzellbehandlung zur Leistungssteigerung erwäge. Tatsächlich erhielten wir eine Antwort: diese Klinik sei dafür nicht der richtige Ansprechpartner, wir mögen uns bitte an ein Krankenhaus im Osten Chinas wenden. Dort sagte man uns: Ja, darüber könne man reden.

Der dortige PR-Manager sprach fließend Englisch. Wir verabredeten mit ihm ein Vorgespräch in der Klinik. Dazu wurde eine versteckte

Kamera präpariert. So ausgerüstet betraten wir das Krankenhaus an der chinesischen Ostküste. Das Gespräch verlief überraschend: Ein Arzt und der PR-Manager erklärten uns zwar, dass sie derartiges angeblich „noch nie gemacht“ hätten. Dennoch sagten beide unverblümt, sie würden es mit dem jungen Sportler ausprobieren. Kostenpunkt: 24.000 Dollar für 40 Millionen Stammzellen. Zwei Wochen Aufenthalt in der Klinik. Im Herbst sei noch ein Zimmer frei.

All dies hatten wir auf Band festgehalten. Da wir die beiden Chinesen vor unkalkulierbaren Reaktionen des repressiven Sicherheitsapparats schützen wollten, war für uns klar, in der Sendefassung die Identität des Krankenhauses ebenso zu verschleiern wie die der Betroffenen. Die Reaktionen auf unseren Film haben uns gezeigt, dass die Maßnahmen notwendig waren. Nach der Ausstrahlung in der ARD gab es wütende Proteste in den staatlich gelenkten chinesischen Medien und eine direkte Aufforderung an die ARD, den Behörden die Namen der beiden Personen und des Krankenhauses mitzuteilen. Der seinerzeitige ARD-Korrespondent Jochen Gräbert antwortete auf diese Aufforderung als Gast einer internationalen Pressekonferenz in Peking: „Wir sind Journalisten und keine Staatsanwälte.“

Mit investigativen Recherchen können allerdings auch deutsche Sportverbände oft schlecht umgehen. Als im Januar 2007 die ARD-Reportage „Mission: Sauberer Sport“ auf Missstände in der deutschen Dopingbekämpfung aufmerksam machte, versuchten Sportfunktionäre, die Rechercheergebnisse von mehreren hundert nicht zustande gekommenen Dopingkontrollen bei deutschen Athleten klein zu reden. Die Recherchen waren indes verbürgt: Ein Informant hatte Dokumente präsentiert, die klar belegten, dass bei zahlreichen deutschen Spitzensportlern Dopingtests nicht durchgeführt worden waren, weil es bürokratische Versäumnisse gegeben hatte. Ob manche Sportler zudem absichtlich Kontrollen verhindert hatten, blieb

weitgehend ungeklärt. Für Politiker, die eine Chance sahen, sich mit Anti-Doping-Engagement auch öffentlich zu profilieren, war dies allerdings eine willkommene Gelegenheit: Sie nutzten die Gunst der Stunde, um auf den Anspruch des Gesetzgebers bei der Umsetzung der Anti-Doping-Maßnahmen in den Sportorganisationen zu pochen.

Die Diskussion über Dopingkontrollen wurde durch unsere ARD-Reportage angestoßen – und hat tatsächlich etwas bewirkt. Die damals chronisch unterfinanzierte Nationale Anti-Doping-Agentur ist jetzt deutlich besser aufgestellt: Sie hat ihr Budget erhöhen können und das Personal mehr als verdoppelt. Es ist ein bemerkenswertes Phänomen, wie allein durch einen TV-Bericht solche Veränderungen ausgelöst werden konnten.

Investigativer TV-Journalismus im Sport befindet sich in einem Spannungsfeld mit der traditionellen Sportberichterstattung: Er zerstört mitunter Illusionen und kann dem eingefleischten Fan den Spaß an der Live-Berichterstattung rauben. Und wie das Beispiel der Tour de France in den letzten Jahren zeigte: Die Zuschauer wenden sich ab. Die TV-Quoten sinken. So kann der aufklärende Journalismus auch Senderverantwortliche vor erhebliche Probleme stellen: Was soll er tun, wenn sich der Sender für teures Geld Fernsehrechte an hochkarätigen Sportevents gesichert hat, aber das Produkt wegen Dopingverstrickungen nicht mehr attraktiv genug erscheint?

Die Sportberichterstattung im Fernsehen kann sich bei ehrlicher Betrachtung in der Frage der Dopingproblematik nicht losgelöst von der eigenen Rolle sehen: Es sind die TV-Sender, die mit ihren Live-Sendungen von Sportevents für große Werbeplattformen der Sponsoren sorgen. Je mehr Geld im Sport verdient werden kann, desto größer ist aber auch der Anreiz der am Sport beteiligten Institutionen und Individuen zu dopen.

Hajo Seppelt, 48, arbeitet als freier TV-Autor für verschiedene ARD-Anstalten.

Er ist seit 2009 Mitglied bei netzwerk recherche e. V.



GIFT IM WASSER

Von David Schraven

Die Geschichte, die mich gut drei Jahre meines Lebens begleiten sollte, begann harmlos. Im März 2006 veröffentlichte der Umweltforscher und Trinkwasserexperte Professor Martin Exner von der Uni Bonn im Rahmen einer Fachtagung einen Bericht über PFT im Trinkwasser des Ruhrgebietes. Flächendeckend würde demnach die Bevölkerung jeden Tag den Stoff mit dem Trinkwasser zu sich nehmen.

Fast eine Woche nach der Tagung hat mich ein Freund angerufen und mir die Geschichte erzählt. Ich kannte PFT nicht, wusste nicht, dass es um Perfluorierte Tenside geht. Einem Stoff, der sich im Körper der Menschen anreichert. Ich wusste auch nicht, dass PFT krebs-erregend ist. Kurz: Ich wusste gar nichts. Und ich nahm die ganze Nummer zunächst auch nicht besonders ernst. Irgendeine kleine Kiste wird es sein, dachte ich, bei der irgendwelche Kriminellen Gift in den Fluss Ruhr gekippt haben, aus dem das Trinkwasser für 4,5 Millionen Menschen im Ruhrgebiet gewonnen wird. Und tatsächlich begann sofort die Jagd auf eine Firma, die für das Gift verantwortlich sein sollte. Kurze Zeit später identifizierte das Umweltministerium NRW ein Feld in Brilon-Scharfenberg, das besonders schlimm verseucht war und als Ursache für die Probleme in der Ruhr herhalten musste. NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) inszenierte mit großem Medienspektakel die Sanierung des Feldes. Damit schienen die Probleme im Griff.

Doch im Hintergrund passte nichts zusammen.

Aus einer früheren Recherche zu den Müllskandalen rund um Trienekens kannte ich einige Leute in der Umweltverwaltung. Ich lernte, wie der Stoff wirkt und wo er eingesetzt wird. Schnell war klar, dass es dutzende

Emittenten an der Ruhr geben muss, die das Gift in den Fluss ablassen. Kleine Firmen und große Industriebetriebe. Alle, die mit wasserabweisenden Chemikalien zu tun haben. Warum tat der Umweltminister nichts gegen diese Emittenten?

Im nächsten Schritt fiel mir auf, dass in einer Nacht- und Nebelaktion der Chef der Abteilung für Abwasserwirtschaft im Umweltministerium, Harald Friedrich, gefeuert worden war. Nach einem Urlaub durfte er nicht mehr zurück in sein Büro.

Harald Friedrich gilt als sehr fähiger Umweltexperte. Ich wusste, dass er immer wieder Konflikte mit dem Ruhrverband und der Wasserwirtschaft aushalten musste.

Erstaunlich war aber vor allem, dass nach dem Rausschmiss eine Schmierenkampagne der CDU im Düsseldorfer Landtag einsetzte. Aus dem Umfeld von Uhlenberg wurde gestreut, Friedrich habe sich der Korruption schuldig gemacht. Nur der politischen Hygiene wegen habe Friedrich entfernt werden müssen. Schnell war klar, dass der Ruf des Mannes ruiniert werden sollte. Ich konnte der Sache nicht glauben. Was war da wirklich passiert? Ich fand gute Quellen im Umweltministerium, bis in die Hausspitze hinein. Zuerst flossen die Informationen nur wie schmale Bäche. Ich bekam Tipps, in welcher Ecke der Umweltverwaltung ich suchen sollte. Das Vertrauen wuchs.

Nach und nach kamen die drei Fragen in einem Zusammenhang:

Wer sind die Gift-Emittenten?

Warum benennt der Umweltminister nicht die wirklichen PFT-Quellen?

Warum wurde Harald Friedrich entlassen?

Die Fußarbeit begann. Ich ging in die Uni, suchte mir PFT-Studien heraus, sprach mit Wissen-

schaftlern über das Gefährdungspotential und suchte in den Gemeinden nach Umwelt-Beamten, die sich mit dem Thema beschäftigten.

Aus den anfänglichen Informationsbächen wurden Flüsse.

Im Umweltministerium machten sich Quellen an die Arbeit. In schwierigen Aktionen wurden Aktenordner kopiert. Ich erhielt Briefe der Wasserwerke an den Umweltminister, in denen kaum verhüllt der Rausschmiss von Friedrich gefordert wurde, weil dieser für eine bessere Wasseraufbereitung an der Ruhr gekämpft hatte.

Zudem hatte auch die Fußarbeit Erfolg. Trotz eines Maulkorberlasses des Ministers fand ich eine untergeordnete Umweltbehörde, die bereitwillig Daten herausgab.

Ich konnte einige Artikel schreiben – ich war damals als freier Journalist vor allem für die „Welt am Sonntag“ (WamS) tätig.

Mit den Veröffentlichungen wuchs auch der Druck auf mich. Aus dem Umfeld des Umweltministers wurde ich verdächtigt, eine Kampagne gegen den CDU-Minister anzuführen.

Dazu kam eine Klagewelle gegen die WamS. Ich sollte mundtot gemacht werden.

Auch meine Quellen wurden unter Druck gesetzt. Einige Leute aus dem Umweltministerium wechselten sogar die Straßenseite, wenn ich sie zufällig in Düsseldorf traf. Die Beamten hatten Angst, nur mit mir gesehen zu werden.

Aber die „Welt am Sonntag“ hielt dem Druck stand. Ich konnte weiter Geschichten zum Giftskandal veröffentlichen und dem Minister nachweisen, wie er die Öffentlichkeit mit geschönten Zahlen über die PFT-Giftbelastung hinters Licht führen wollte.

Schließlich musste der Minister nachgeben. Uhlenberg erließ eine Anordnung, wonach die Wasserwerke ihre Anlagen dauerhaft PFT-fest machen mussten, um eine Gefährdung der Bevölkerung auszuschließen. Fast gleichzeitig setzte sich auch bei den Wasserwerken die

Einsicht durch, dass sie handeln mussten. Es fielen Investitionsentscheidungen in Höhe von über 140 Millionen Euro. Damit war das Trinkwasser gesichert.

Aber im Hintergrund ging der Wirbel weiter. Die Staatsanwaltschaft hatte aufgrund einer Strafanzeige von Uhlenbergs Staatsminister Ermittlungen gegen den entlassenen Abteilungsleiter im NRW-Umweltministerium, Friedrich, aufgenommen. Seine Telefongespräche wurden abgehört, sein Emailverkehr mit Bundes- und Landtagsabgeordneten abgefangen. Und alle Erkenntnisse an Beamte im Umweltministerium durchgereicht.

Schließlich wurde Harald Friedrich sogar wegen angeblichem gewerbsmäßigen Betruges wochenlang inhaftiert.

Ich ging der Sache nach. Im Zuge der Recherchen stellte sich heraus, dass die Vorwürfe gegen Harald Friedrich frei erfunden waren. Teilweise wurden Reisekostenabrechnungen in Höhe von acht Euro kriminalisiert, nur um nachher herauszufinden, dass angeblich zu Unrecht abgerechnete Zugtickets privat bezahlt worden waren. Die Staatsanwaltschaft musste ihre Ermittlungen ergebnislos einstellen.

Der Landtag NRW richtete in Folge der Berichterstattung einen Untersuchungsausschuss zum Thema PFT und Harald Friedrich ein. Dieser Ausschuss konnte zwar nicht alle Details der Affäre aufklären, aber zumindest die Ursachen der Gift-Verseuchung in der Ruhr sind heute einigermaßen klar.

Die Klärwerke entlang der Ruhr waren nicht in der Lage das Gift vollständig aus den Abwässern der Industriebetriebe zu filtern. Der verantwortliche Ruhrverband weigerte sich die Nachrüstung seiner Anlagen zu betreiben, denn das würde Kosten in dreistelliger Millionenhöhe auslösen. Um sein Ziel zu erreichen, baute der Ruhrverband den größtmöglichen politischen Druck auf: Gegen Uhlenberg und gegen Harald Friedrich.

*David Schraven, 42
leitet das Ressort
Recherche bei der WAZ.*

*Er ist seit 2005
Mitglied bei
netzwerk recherche e. V.*



MILLIONÄR AUF STAATSKOSTEN

Von Renate Daum

Schon auf den ersten Blick war die Pressemitteilung der LfA Förderbank Bayern zu ihrer Rolle beim Unterhaltungselektronikhersteller

ihrem Engagement gezogen zu haben. Daher teilte sie am 10. September 2003 mit, aus der Beteiligung sei ihr ein Verlust „in unterer einstelliger Millionenhöhe“ entstanden. Sie habe die Papiere außerbörslich unter den Anschaffungskosten verkauft. Daher stelle sich „die Frage nach der Verwendung von Erlösen oder Gewinnen nicht“. Außerdem führte sie unbeglichene Darlehensbeträge im unteren zweistelligen Millionenbereich auf.

Das war seltsam: Die Frage der Verwendung von Erlösen stellt sich eigentlich nur dann nicht, wenn es keine gibt. Hatte die LfA also Aktien verschenkt? Warum und an wen?

Die LfA übernahm 1998 im Rahmen eines Rettungsplans ein großes Aktienpaket für 1 D-Mark und organisierte danach eine Kapitalerhöhung. Bis Herbst 2000 versiebenfachte sich der Aktienkurs. Die Bank reduzierte ihre Beteiligung in dieser Zeit um eine gute Million Aktien, die nach meinen Berechnungen mindestens 25 Millionen Euro Börsenwert hatten. Das war mehr, als die LfA für ihre Aktien ausgegeben haben konnte. Damals herrschte Euphorie an der Börse, es gab keinen offensichtlichen Grund für unüblich hohe Abschlüsse.

Die LfA wies auf meine Anfrage für das Anlegermagazin „Börse Online“ den Vorwurf zurück, Aktien zu ungewöhnlich günstigen Preisen abgegeben oder gar verschenkt zu haben. Die Informationen zu den Anschaffungskosten seien „unvollständig“ und die daraus gezogenen Vermutungen „schon deshalb nicht gerechtfertigt und in der Sache absurd“. Wie die Zahlen zu erklären waren, sagte sie aber nicht.

Mitte September und im Oktober 2003 wies ich die LfA zweimal auf ihre Auskunftspflicht hin. Sie behauptete, der unterliege sie nicht, die Informationen fielen unter das Bankgeheimnis. Im November unterstützte mich die

Börse Online 09/2004



Schneider Technologies 2003 merkwürdig. Die Zahlen ergaben nur Sinn, wenn sie Aktien in großem Stil verschenkt oder billig verschleudert und damit auf Erlöse in zweistelliger Millionenhöhe verzichtet hätte. Meine Fragen beantwortete die Bank aber erst drei Jahre später nach einem Rechtsstreit durch die Instanzen. Ich war der Meinung, dass die staatliche LfA als Behörde nach dem Landespressesgesetz Auskunft geben müsse. Sie weigerte sich aber. Die Auskunftspflicht staatlicher Banken war bis dahin noch nicht gerichtlich geklärt.

Die LfA war Großaktionärin bei dem Traditionskonzern Schneider in Türkheim. Seine Fernseher und Stereoanlagen standen früher in vielen Haushalten. Außerdem arbeitete er an einer revolutionären Laser-Technologie für Fernseher und Projektionsgeräte. Doch Anfang 2002 meldete er überraschend Insolvenz an. Enttäuschte Aktionäre warfen der LfA vor, eine mögliche Rettung behindert und Profit aus

Rechtsabteilung des Gruner+Jahr-Verlags, zu dem „Börse Online“ gehört. Sie werde mir empfehlen, meinen Anspruch gerichtlich durchzusetzen, falls die LfA mir nicht antworte. Die Bank blieb bei ihrer Linie.

Daher beantragte meine Anwältin Ursel Paal von der Kanzlei TaylorWessing im Februar 2004 den Erlass einer einstweiligen Anordnung nach Artikel 4 Absatz I Bayerisches Pressegesetz beim Bayerischen Verwaltungsgericht in München. Das lehnte mein Anliegen im Mai ab: es sei nicht eilig. Die LfA sei zwar eine Behörde, dürfe aber keine Auskünfte geben.

Wir reichten daher eine „Leistungsklage auf Auskunft“ beim gleichen Gericht ein. Die Anwälte der LfA wollten den Streitwert auf abschreckende 100 000 Euro erhöhen lassen – von 2000 Euro im einstweiligen Verfügungsverfahren. Dadurch wären die Kosten für den später Unterlegenen in die Höhe geschnellt. Außerdem behaupteten die LfA-Anwälte, ich hätte es versäumt, mir eine Genehmigung zur Auskunft bei der Rechtsaufsichtsbehörde der LfA zu besorgen. Von einer solchen Erfordernis hatte noch niemand bei uns gehört.

Im Juli wies das Gericht auch diese Klage ab. Es argumentierte allen Ernstes, die LfA hätte nicht mal mit einer solchen Genehmigung Auskunft geben dürfen. Damit wäre eine staatliche Bank jeglicher Kontrolle durch die Presse entzogen. Mit einem Verstoß gegen Artikel 5 Grundgesetz begründete meine Anwältin daher unsere Berufung im September 2005 beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof. Die Landesrechtsanwaltschaft, die Prozessvertretung des Freistaates, klinkte sich als Vertreter des öffentlichen Interesses ein und schlug sich auf die Seite der LfA.

Anfang 2006 trat zudem das Informationsfreiheitsgesetz auf Bundesebene mit Ausnahmen für Banken in Kraft, auf die die LfA-Anwälte hinwiesen. Wir konterten, Auskunftspflichten gegenüber der Presse seien anders.

Das sah zum Glück auch das Gericht so. Im August verurteilte es die LfA dazu, sieben meiner neun Fragen ganz oder teilweise zu beantworten. Ein Novum bei einer staatlichen Bank. Die Richter strichen Fragen zu konkreten Personen, weil dabei Belange Dritter überwiegen, Fragen, bei denen ihnen der Aufwand für die Antwort zu hoch erschien und eine Frage, bei der sich Mitarbeiter der LfA eventuell strafrechtlich belasten müssten. Außerdem legten die Richter den Streitwert auf 5000 Euro statt 100 000 Euro fest.

Als die LfA Ende Dezember 2006 die Antworten schickte, bestätigte sich mein Verdacht: Die LfA hatte für ihre Aktien nur 21,8 Millionen Euro eingenommen, zu Börsenkursen wären es rechnerisch 41,7 Millionen Euro gewesen. Selbst mit einem üblichen Paketabschlag hätte sie einen zweistelligen Millionenbetrag mehr Erlösen können.

Aktien kostenfrei bekamen ein Ex-Vorstand als Abfindung und ein Ex-Aufsichtsrat als Teil eines größeren Vertragswerks. Im Juni 2000 erhielt der damalige Vorstandschef Papiere im Wert von 5,9 Millionen Euro für nur 1,5 Millionen Euro, nachdem er die Bedingungen aus einem geheimen Optionsprogramm mit der LfA erfüllt hatte – Millionenwerte auf Staatskosten. Aktionäre zahlen gewöhnlich keine Abfindungen oder bedienen geheime Optionsprogramme an Vorstände aus eigenen – hier öffentlichen – Mitteln. Das deutete auf einen größeren Einfluss der LfA bei dem Konzern als üblich hin.

Eine der LfA-Bedingungen im Optionsprogramm war ein steigender Börsenwert. Die Kurse klettern oft bei Unternehmen, die wachsende Umsätze ausweisen. Der Ex-Vorstandschef habe „nicht reduziert, sondern expandiert“ und nicht genügend auf den Ertrag geschaut, klagte der damalige bayerische Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsrat Otto Wiesheu später. Anreize dafür könnte die LfA aber selbst geschaffen haben.

Renate Daum, 43, arbeitet als Redakteurin bei den Gruner+Jahr Wirtschaftsmedien.

Sie ist seit 2003 Mitglied bei netzwerk recherche e. V.



Foto: G+J

MISSSTÄNDE IN EINEM MÜNCHNER PFLEGEHEIM

Von Bernd Kastner

Die Sekretärin sagte, sie habe da jemanden in der Leitung, der über Missstände in einem Seniorenheim berichten wolle. Das klang nach längerer, unerquicklicher Recherche:

Bestimmt fehlen die Belege, bestimmt trauen sich die Betroffenen nicht zu reden – ein Anruf wie so viele. Ich ahnte nicht, dass dieser Anruf kurz vor Silvester 2011 in der München-Redaktion der SZ der erste, mutige Schritt war, eine Mauer des Schweigens zu durchbrechen in einem Münchner Pflegeheim von Kursana.

men. Er war entschlossen, sich nicht noch mehr gefallen zu lassen. Und so erfuhr ich von zu wenig und ständig wechselndem Personal, Pannen bei der Medikamentengabe, miserablen Wäscheservice, schlechter Hygiene. Der Insider hatte keine Belege dafür, doch er klang glaubwürdig, weil er alles sehr detailliert schilderte; vor allem aber nannte er weitere Namen von Angehörigen und Pflegekräften, die zu reden bereit seien. Tatsächlich meldeten sich schon am nächsten Tag neue Gesprächspartner, und so ging das weiter:

Immer mehr Menschen, die Einblicke haben in das Innenleben des Exklusiv-Hauses, berichteten von ihren Erfahrungen – von unwürdigen Zuständen. Es dauerte nicht lange, dann lagen mir auch Schriftverkehr zwischen Kursana und Angehörigen vor sowie Fotos, die ein deutliches Indiz für die hygienischen Missstände waren.

Was fehlte, war eine Einschätzung der Heimaufsicht der Stadt München. Es war Zufall, dass ich ausgerechnet an jenem Tag dort erstmals anfragte, als gerade wieder einmal die städtischen Prüfer das Heim untersuchten. Der Tenor der ersten Auskunft: Ein kritisches Haus voller Mängel. Der nächste Zufall war, dass an eben diesem Tag Anfang Januar 2012 eine Gerichtsentscheidung bekannt wurde: Die

Heimaufsicht in ganz Bayern darf künftig nicht mehr gegen den Willen der Betreiber die Prüfberichte der Heimaufsicht veröffentlichen. Das entsprechende Gesetz war vom Sozialministerium offenbar so schlampig formuliert worden, dass es nun für untauglich erklärt wurde. Und wer hatte geklagt? Ausgerechnet Kursana. Hatte der Konzern mit seinen bundesweit 96 Häusern etwas zu verbergen? Die Frage wurde immer relevanter, als ich auf einen anderen, öffentlich zugänglichen Bericht stieß: Den Transparenzbericht des MDK. Der Medizinische Dienst der Krankenversicherung gab der Münchner Kursana-„Villa“ zwar die Durchschnittsnote „gut“, doch viele Einzelnoten in

Süddeutsche Zeitung

vom 17.01.2012



Kursana ist nach eigenen Angaben der größte private Betreiber von Seniorenheimen in Deutschland und Teil des weltweit tätigen Dussmann-Konzerns. In München hatte er 2010 von einem US-Konzern ein Heim übernommen, das sich „Villa“ nennt und zu den teuersten an der Isar gehört (ein Zimmer in der Pflegeabteilung kostet mehr als 5000 Euro pro Monat). Schon Anfang 2011 hatte es Ärger gegeben: Wegen erheblicher Mängel verhängte die Heimaufsicht einen vorübergehenden Aufnahmestopp. Und nun schon wieder Missstände?

Der Insider am Telefon war bereit, am nächsten Tag persönlich in die Redaktion zu kom-

den relevanten Prüfbereichen fielen schlecht aus: elfmal „mangelhaft“.

Die Geschichte war wasserdicht. Der Direktor des Kursana-Hauses war zu keinem persönlichen Gespräch bereit. Die Pressestelle in der Berliner Zentrale überraschte mich mit ihrer Antwort auf meinen Fragenkatalog: „Wir sehen keinen Anlass für Kritik.“ Das war der erste Satz, und so ging es weiter. Antwort für Antwort ein Abwiegen und Ausweichen. Alle weiteren Stellungnahmen fielen so aus, dass sie weitere Recherchen provozierten.

Am 16. Januar erschien im München-Teil der SZ der erste Bericht: „Nobles Pflegeheim in der Kritik“. Tags darauf gleich der nächste, wesentlich ausführlichere: „Villa mit gravierenden Mängeln“. Es meldeten sich weitere Insider, die nicht nur alles bestätigten: In Wahrheit sei es sogar noch schlimmer. Da die Geschichte angesichts der Gerichtsentcheidung auch eine politische Dimension hatte, wollte ich mit Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer über das missglückte Gesetz und die Folgen sprechen: Doch sie flüchtete in Schweigen. Also besuchte ich zusammen mit meinem Kollegen Sven Loerzer, einem ausgewiesenen Pflege-Experten, den Chef der Münchner Heimaufsicht. Er fand deutliche Worte, nannte die „Villa“ „unser Problemhaus“ und empörte sich über die Verteidigungsstrategie des Konzerns. Kaum war das Interview erschienen, wurde ein weiteres Problemhaus Kursanas bekannt: In der Nähe von Augsburg war die Krätze ausgebrochen. Die Heimleitung aber hatte nicht, wie vorgeschrieben, die Behörden informiert, das taten Mitarbeiter. Und in München kündigte die Heimaufsicht an, erneut einen Aufnahmestopp für die „Villa“ verhängen zu wollen. Vor fast jedem Bericht schickte ich einen Fragenkatalog nach Berlin, doch Kursana blieb sich treu im Abstreiten. Die fast ausschließlich schriftliche Kommunikation mit Kursana war aufwendig, aber sie hatte auch den Vorteil, dass diese Strategie dokumentiert ist.

Eine Angehörige aus einem anderen bayerischen Haus hatte berichtet, dass es dort ähnlich sei wie in München. Da es unrealistisch war, für weitere Heime so fundierte Informationen wie über das Münchner zu bekommen, behelf ich mich mit dem Internet und der Frage: Wie präsentiert sich Kursana? Die irreführende Kommunikation hat System im Konzern. So hatte Kursana den MDK-Transparenzbericht für einige bayerische Häuser veröffentlicht – offenbar vor allem für die mit guten Durchschnittsnoten. Und publiziert waren auch nur die wegen ihrer mangelnden Aussagekraft schwer kritisierten Gesamtnoten, nicht aber die 82 Einzelzensuren einer jeden MDK-Prüfung. Dazu kam eine irreführende Werbung mit TÜV-Zertifikaten: Kursana verkaufte diese vom Konzern selbst beauftragte Zertifizierung, als wäre die Heimaufsicht zugange. Dabei kommen die TÜV-Prüfer angemeldet und werden von Kursana bezahlt. Dass der TÜV Rheinland auf Nachfrage einräumen musste, Kursana fälschlicherweise ein übertrieben positives Zertifikat ausgestellt zu haben, mit dem Kursana noch besser Werbung machen konnte, ist ein kurioser Randaspekt der Recherchen. Wieder schickte ich einen langen Fragenkatalog nach Berlin. Diesmal reagierte Kursana dreifach: Zunächst wurden weitere der wenig aussagekräftigen MDK-Durchschnittsbewertungen online gestellt. Dann äußerte sich via Pressemitteilung der Geschäftsführer, der einen direkten Kontakt mit mir abgelehnt hatte. Tenor der Pressemitteilung: Qualität und Transparenz – bestens. Und dann erhielt ich auch noch Antwort auf meine Fragen – wieder im Kursana-Stil: Passagen aus der Pressemitteilung waren einfach hineinkopiert in meine E-Mail. Wir brachten daraufhin eine Analyse, wie kreativ Kursana mit der Transparenz verfährt. Zum 1. Februar erhielt die Münchner Villa einen neuen Direktor. Es ist bereits der vierte Chef, seit Kursana das Haus im September 2010 übernommen hat. Wenige Tage später verhängte die Heimaufsicht erneut einen Aufnahmestopp, diesmal für das ganze Haus.

Bernd Kastner, 42, arbeitet als Redakteur bei der „Süddeutschen Zeitung“.

Er ist seit 2003 Mitglied bei netzwerk recherche e. V.



AMTSGEHEIMNIS ADE: BEHÖRDEN MÜSSEN AKTEN ÖFFNEN

Wie das Netzwerk Recherche zusammen mit anderen für ein Informationsfreiheitsgesetz kämpft

Von Manfred Redelfs

Wenn das Verteidigungsministerium feiert, dann geht das mitunter auf Kosten von Geldgebern, die niemand vermutet hätte: Von 2003 bis 2007 zahlte der Rüstungs- und Technologiekonzern EADS 87.000 Euro, um zum Beispiel den „Ball des Sanitätsdienstes“ zu unterstützen oder das Oktoberfest des Heeresverbindungsstabes USA in Alabama. EADS sowie die Tochterunternehmen haben bei solchen Anlässen für die Musik und die Bewirtung gezahlt oder ein Feuerwerk ermöglicht. Die Details dieses Regierungssponsorings, das auch in anderen Ressorts üblich ist, hat der „stern“-Journalist Hans-Martin Tillack mit Hilfe des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) aufgedeckt. Da EADS zu den wichtigsten Auftragnehmern des Verteidigungsministeriums gehört, sprechen die Beteiligten nicht gern darüber. Doch trotz anfänglicher Widerstände mussten die Fakten offengelegt werden, dank eines neuen Transparenzgesetzes.

Die Recherche des „stern“ ist ein Beispiel für den Nutzen des IFG. Es stellt für die Bundesbehörden eine kleine Kulturrevolution dar: Als es Anfang 2006 in Kraft trat, wurde der alte Grundsatz der „Amtsverschwiegenheit“ der Verwaltung abgeschafft. Bis dahin galt die Regel, dass Behördenunterlagen einen rein internen Charakter haben. Einsicht oder Auskunft wurde selten gewährt und musste ausdrücklich begründet werden. Möglich war der Informationszugang lediglich für Betroffene, die in eigener Angelegenheit etwas erfahren wollten oder für Journalisten, die sich auf den Auskunftsanspruch nach den Landespressgesetzen berufen konnten. Aber wie viele Dokumente und in welcher Form sie zugänglich gemacht wurden – das entschied allein die Pressestelle.

Das IFG kehrt die alte Regel nun um: Jetzt ist bei den Bundesbehörden grundsätzlich alles öffentlich, und im Ausnahmefall muss die Behörde eine Begründung liefern, wenn sie glaubt, bestimmte Informationen nicht freigeben zu können. So können laut Gesetz z.B. Datenschutzbelange oder der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen privater Firmen vorgehen. Das IFG ist ein „Jedermannsrecht“, das keiner Antragsbegründung bedarf und von Privatpersonen genauso genutzt werden kann wie von Journalisten oder anderen Berufen. Der alte Behördenanspruch „Da könnte ja jeder kommen“, der früher benutzt wurde, um unliebsame Fragesteller fernzuhalten, hat sich in sein Gegenteil verkehrt: Nach dem IFG kann wirklich jeder kommen und den Behörden in die Akten schauen. Zumindest nach dem Willen des Gesetzes.

Dass wir in Deutschland bessere Auskunftsrechte gegenüber Behörden brauchten, wurde schon auf der Gründungsversammlung von Netzwerk Recherche im Jahr 2001 formuliert. Denn Journalisten können nur dann vertieft recherchieren, wenn sie gegenüber mauernden Behörden auch Informationsrechte haben, die sie notfalls gerichtlich durchsetzen können. In anderen Ländern war dies schon seit vielen Jahren der Fall. Nur Deutschland hinkte im internationalen Vergleich hinterher: Die Bundesrepublik war 2005 innerhalb der damals 25 EU-Mitglieder eines von nur vier Ländern ohne solche Akteneinsichtsrechte.

Nachdem mehrere parlamentarische Initiativen für mehr Transparenz am Widerstand der Behörden und der Wirtschaft gescheitert waren, hat Netzwerk Recherche die Initiative ergriffen und weitere Verbände für ein zivilgesellschaftliches Bündnis für Informationsfrei-

heit gewonnen. Diese Gruppe hat von einem Fachanwalt einen eigenen Gesetzentwurf samt Begründung ausarbeiten lassen. Anfang April 2004 wurde dieser Gesetzesvorschlag von Netzwerk Recherche, Deutschem Journalisten-Verband, Deutscher Journalisten-Union, Transparency International und Humanistischer Union dem Bundestagspräsidenten übergeben. Eine Kopie erhielten alle Bundestagsabgeordneten, und der Vorschlag wurde in der Bundespressekonferenz auch der Öffentlichkeit präsentiert. Im Juni 2004 startete eine Internet-Kampagne und eine auf Berlin konzentrierte Plakat-Kampagne, mit der Unterschriften für die Einführung des IFG gesammelt wurden, unterstützt von prominenten Erstunterzeichnern, die sich für das Reformprojekt aussprachen. Dieser Rückenwind war es, der dazu führte, dass das Transparenzgesetz im Sommer 2005 im Bundestag verabschiedet wurde.

Zwar kam der Entwurf nicht in Reinform durch die Gesetzgebung, und zahlreiche Lobbyisten haben noch viele Ausnahmeklauseln durchgesetzt. Aber mit dem Gesetz hat ein entscheidender Politikwechsel stattgefunden: Endlich wurde klargestellt, dass der Grundsatz der Transparenz höher zu gewichten ist als das obrigkeitsstaatliche Prinzip der Geheimhaltung. Inzwischen berufen sich jedes Jahr rund 1.500 Antragsteller auf dieses Recht – Journalisten genauso wie Bürger. Nicht nur die Spon-

soren des Verteidigungsministeriums kamen so ans Licht, sondern auch, wer von den sechs bis sieben Milliarden Euro Agrarsubventionen profitiert, die in Deutschland jedes Jahr ausbezahlt werden. Erstmals konnte deshalb öffentlich darüber diskutiert werden, ob es richtig ist, wenn sich auch branchenfremde Konzerne wie etwa Energieunternehmen aus dem Topf für die Landwirte bedienen.

Netzwerk Recherche bleibt am Thema dran und versucht weiterhin, die Informationsrechte zu stärken. Zum 5. Jahrestag des IFG haben wir deshalb erneut einen Gesetzesvorschlag präsentiert, der die Erfahrungen der zurückliegenden Jahre berücksichtigt: Das Bürgerinformationsgesetz, das wir anstreben, würde die Behörden verpflichten, viele Informationen von sich aus online zu stellen, ganz ohne Antrag. Andere Auskunftsrechte, wie nach dem Verbraucherinformationsgesetz, würden zu einer einheitlichen, klaren Gesetzesgrundlage gebündelt. Der Datenschutzbeauftragte und einige Politiker haben diesen Vorstoß bereits begrüßt, aber die Bürokratie wird sich mit mehr Transparenz sicherlich schwer tun. Deshalb bedarf es bei diesem Thema eines langen Atems.

Eines ist aber jetzt schon klar: Der Abschied vom Amtsgeheimnis ist in Deutschland unwiederbringlich. Ein Zurück zur alten Geheimhaltungskultur der Verwaltung ist dank Informationsfreiheitsgesetz nicht mehr denkbar.

Dr. Manfred Redelfs, 50, leitet die Rechercheabteilung von Greenpeace.

Er ist seit 2001 assoziiertes Mitglied bei netzwerk recherche e. V.



HERMANN-JOSEF TENHAGEN, CHEFREDAKTEUR FINANZTEST:

Recherche ist nicht alles. Aber ohne Recherche bleibt Journalismus seltsam leer – und wird überflüssig. Recherche wieder ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt zu haben, das macht das Netzwerk aus.

medienkode x

PRÄAMBEL

Neue Technologien und zunehmender ökonomischer Druck gefährden den Journalismus. Um seine Qualität und Unabhängigkeit zu sichern, setzt sich das netzwerk recherche für dieses Leitbild ein.

1. Journalisten* berichten unabhängig, sorgfältig, umfassend und wahrhaftig. Sie achten die Menschenwürde und Persönlichkeitsrechte.
2. Journalisten recherchieren, gewichten und veröffentlichen nach dem Grundsatz „Sicherheit vor Schnelligkeit“.
3. Journalisten garantieren uneingeschränkten Informantenschutz als Voraussetzung für eine seriöse Berichterstattung.
4. Journalisten garantieren handwerklich saubere und ausführliche Recherche aller zur Verfügung stehenden Quellen.
5. Journalisten machen keine PR.
6. Journalisten verzichten auf jegliche Vorteilsnahme und Vergünstigung.
7. Journalisten unterscheiden erkennbar zwischen Fakten und Meinungen.
8. Journalisten verpflichten sich zur sorgfältigen Kontrolle ihrer Arbeit und, wenn nötig, umgehend zur Korrektur.
9. Journalisten ermöglichen und nutzen Fortbildung zur Qualitätsverbesserung ihrer Arbeit.
10. Journalisten erwarten bei der Umsetzung dieses Leitbildes die Unterstützung der in den Medienunternehmen Verantwortlichen. Wichtige Funktionen haben dabei Redaktions- und Beschwerdeausschüsse sowie Ombudsstellen und eine kritische Medienberichterstattung.

* Es sind stets beide Geschlechter gemeint.

www.netzwerkrecherche.de
info@netzwerkrecherche.de



FÜNF JAHRE MEDIENKODEX: LEITFADEN FÜR GRUNDLAGEN

Von Steffen Grimberg

Die sechs Jahre seit seiner Einführung zeigen: Der Medienkodex des Netzwerk Recherche funktioniert. Das ist keine Selbstverständlichkeit für eine sich hohe Ziele steckende Selbstverpflichtung und Selbstvergewisserung einer höchst individualistischen Branche. Der Medienkodex ist dabei nichts für Sonntagsreden, sondern für alle Journalisten ein Leitfaden, der die Grundlagen ihrer Arbeit noch einmal festschreibt.

So banal, so schwierig, so wirkungsvoll. Dabei umreißt er die wesentlichen Punkte wie saubere Recherche, Quellen- und Informantenschutz sowie wahrheitsgemäße Berichterstattung. Und macht das große Fass auf: Journalisten machen keine PR, heißt es in Ziffer 5 des Kodex. Kein Satz war – und ist – stärker in der Diskussion. Doch gerade das macht den Kodex aus: Diese geniale Vereinfachung hat Debatten ermöglicht, Veränderungen angeregt, Bewusstsein geschaffen. Dass heute in Deutschland mehr PR-Fachleute als Journalisten arbeiten und die Ressourcen für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ungleich üppiger sind als die Etats für Recherche, ist ein alter Hut. Unabhängigkeit und Freiheit von fremden Interessen sind die Grundlage des Journalismus.

PR ist das Gegenteil davon – und wird doch heute viel zu oft wie selbstverständlich als „andere Seite der Medaille“ hingenommen und damit aufgewertet. An Journalistenschulen und Hochschulseminaren gehen immer häufiger Veranstaltung zum Journalismus und Übungen zur PR nahtlos ineinander über – mit fatalen Folgen. Der Zustand einer schizophrenen Branche, in der man heute Journalist/in und morgen PR-Mensch sein kann, wird allseits beklagt. Doch kein anderer Journalistenverband geht das Problem an und sucht so offensiv die Diskussion wie das „netzwerk

recherche“. Und hat dabei so viel Erfolg: Von einem geschärften Bewusstsein beim Deutschen Presserat – bis zur permanenten Debatte in der Branche, die niemanden aus der Verantwortung lässt.

Dabei fordert der Medienkodex auch die Bringschuld der Medienunternehmen ein: Sie, die gutes Geld mit gutem Journalismus verdienen, müssen mehr tun, um seine Voraussetzungen langfristig und nachhaltig zu sichern. Doch bei mehr und mehr Verlagsunternehmen, vor allem in immer ausgezehrteren Tageszeitungsredaktionen, werden Etats wie Spielräume für Recherche kleiner und kleiner. Selbst beim immer noch üppig ausgestatteten öffentlich-rechtlichen Rundfunk nimmt die Leidenschaft für Recherche ab – bei den mächtigen Controllern, nicht bei den Journalisten. Auch diese Diskussion hat der Medienkodex vor fünf Jahren gegen viele Widerstände angestoßen, um der Grundlage aller journalistischen Arbeit, der unabhängigen Recherche, wieder den Stellenwert zu verschaffen und zu sichern, den sie verdient.

Steffen Grimberg, 44, schreibt für die „taz“ über Medien.

Er ist seit 2003 Mitglied bei netzwerk recherche e. V.



DAS VERGESSENE LAND

Von Astrid Geisler

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 machten mich erstmals auf die Region Ostvorpommern aufmerksam: In kleinen Dörfern wie Postlow oder Bargischow kam die NPD auf über 17 Prozent – das war mehr, als sie irgendwo sonst in Mecklenburg-Vorpommern erreicht hatte. Die Erfolge der NPD in dem ärmlichen, abgeschiedenen Landstrich bei Anklam ähnelten bereits jenen in der Sächsischen Schweiz. Mit einem entscheidenden Unterschied: Die NPD hatte hier – anders als in Sachsen – kaum Parteistrukturen. Worauf aber beruhte dann der schleichende, überregional kaum beachtete Aufstieg der Rechtsextremen in dieser Gegend kurz vor der polnischen Grenze?

Das Archiv gab wenig her. Ostvorpommern war in den Medien noch kein Thema. Auch der Verfassungsschutz konnte – oder wollte – mir keine neuen Informationen herausgeben. Im Gegenteil. Nach meinem Gespräch im Schweriner Landesamt fragte ein Beamter: Ob ich vielleicht nach meiner Recherche in Ostvorpommern noch einmal vorbeikommen und dem Verfassungsschutz darüber berichten wolle? Schließlich wussten Journalisten oft mehr, als in der Zeitung stehe. Ich schaute entgeistert. Hastig wurde mir versichert: Keine Sorge, das Gespräch werde natürlich absolut informell verlaufen. Den Verfassungsschutz konnte ich als Informationsquelle für dieses Projekt offensichtlich vergessen. Ich beschloss, meine Recherchen auf die Kreisstadt Anklam und die Dörfer Postlow und Bargischow zu konzentrieren. Dank eines Netzwerk-Recherche-Stipendiums der Otto-Brenner-Stiftung verabschiedete ich mich im Dezember 2005 für drei Wochen aus der taz-Redaktion und quartierte mich in Bugewitz ein, einem Weiler südöstlich von Anklam. Der Hahn krächte, die Wildgänse schnatterten, hinter dem Ferienhaus begann das Torfmoor. Ein Landidyll.

Gleich in der Nachbarschaft lebt Günther Hoffmann, damals noch Leiter einer Außenstelle des Civitas-Netzwerks in Anklam und einer der besten Kenner der rechten Szene in Deutschland. Seine These: Die NPD verdanke ihre Wahlerfolge in Ostvorpommern lokalen, überregional bis dahin kaum beachteten Neonazi-Kameradschaften. Zudem hätten auch die demokratischen Parteien den Rechtsextremen unfreiwillig geholfen – durch eine konsequente Vernachlässigung des abgelegenen Landstrichs.

Die NPD war damals schwach in der Region Ostvorpommern, der Kreisverband quasi eine Ein-Mann-Veranstaltung: Michael Andrejewski, Lehrerssohn aus dem Schwarzwald und studierter Jurist, hatte sich den Landstrich als persönliches Spielfeld ausgesucht. Er war aus dem Westen in einen Anklaamer Plattenbau gezogen. Wenig später wurde er auf Anhieb in den Stadtrat und den Kreistag gewählt, bei der Bundestagswahl schnitt er noch besser ab. Doch ohne lokale Unterstützer hätte der NPD-Mann wohl kaum so erfolgreich Wahlkampf geführt. Schließlich konnte er, wie er mir im Interview freimütig erzählte, nicht mal Auto fahren.

So gesprächig wie Andrejewski war kaum ein anderer Interviewpartner. Alle rechtsextremen Kameradschaftskader aus der Region, die ich kontaktierte, lehnten meine Interviewanfragen ab. Der Pressesprecher der Polizeidirektion in Anklam verkündete mir ungeniert am Telefon, er habe keine Lust mit Journalisten zu reden, die seiner Region ein Naziproblem andichten wollten. In Postlow und Bargischow traf ich auf eine Art Schweigekodex. Die parteilosen Bürgermeister der beiden Gemeinden schimpften zwar gerne und ausführlich über das Versagen der Politiker in Schwerin und Berlin. Aber über die Neonazis in der Nachbarschaft

Stipendien

Um Journalisten bei ambitionierten Recherche-Projekten zu unterstützen, vergibt netzwerk recherche eigene Stipendien und betreut darüber hinaus Stipendien, die von der Otto Brenner Stiftung ausgelobt werden.

Die Otto Brenner Stiftung prämiert im Rahmen ihres jährlichen Journalisten-Wettbewerbs drei Recherche-Stipendien in Höhe von je 5.000 Euro. Den jeweiligen Stipendiatinnen und Stipendiaten wird von netzwerk recherche ein erfahrener Mentor zur Seite gestellt. Ein ausführliches Themen-Exposé, ein genauer Recherche-, Kosten- und Zeitplan sind die Voraussetzung für die Teilnahme an diesem Wettbewerb. Die Bewerbungsfristen stehen auf der Internetseite unter www.otto-brenner-stiftung.de

Schwerpunkt der Stipendien von netzwerk recherche ist zur Zeit der Lokaljournalismus. Da vielen freien oder auch fest angestellten Reportern lokaler Medien oft die finanziellen Mittel für intensive Recherchen fehlen, unterstützt „nr“ Kollegen vor Ort, die Vetterwirtschaft, Umweltskandale, Bausünden usw. aufklären und zum Beispiel ihr Recht auf Akteneinsicht bei den Behörden wahrnehmen möchten. Im Rahmen des Stipendiums werden Sachkosten (Reisen, Datenbanken, Gebühren usw.) sowie Honorarkosten für freie Journalisten bis zu einem Gesamtbetrag von 2.500 Euro gefördert; außerdem stellt nr den Stipendiatinnen und Stipendiaten einen erfahrenen Mentor zur Seite.

Daneben fördert „nr“ einzelne Recherche-Projekte mit Zuschüssen in der Regel von 500,- bis 1.000,- Euro. Bewerbung für die Stipendien von netzwerk recherche e. V. sind zu richten per Post an netzwerk recherche e. V., Postfach 580507, 10414 Berlin, oder info@netzwerkrecherche.de. Dabei sind ein ausführliches Exposé und ein Recherche-Plan einzureichen.

Die Entscheidung über eine Förderung trifft der nr- Vorstand. Es gibt keine Bewerbungsfrist; pro Jahr kann aber nur eine bestimmte Anzahl von Stipendien vergeben werden. Verantwortlich für die Stipendien im Vorstand von netzwerk recherche ist der Filmemacher Egmont R. Koch.

www.netzwerkrecherche.de
info@netzwerkrecherche.de



im Nachbargebäude zwei Ein-Euro-Jobber. Sie erzählten mir, wer den Schlüssel zu dem Freizeittreff habe und schickten dem Neonazi spontan eine SMS. Kurz darauf ließ der junge Mann mich widerwillig in den Jugendclub. Es war der Bruder eines „Heimatbund Pommern“-Gründungsmitglieds.

Im April 2006 erschien in der taz meine Reportage über die rechtsextreme Landnahme. Sie fand so gut wie keine öffentliche Resonanz. Das änderte sich erst bei der nächsten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern: Die NPD zog erstmals in das Schweriner Landesparlament ein. Ihre besten Ergebnisse erzielte sie – wenig überraschend – in Ostvorpommern. In Bargischoh kamen die Rechtsextremen auf 32 Prozent der Stimmen, in Postlow holten sie sogar 38 Prozent. Das war deutscher Rekord. Am Wahltag war ich die einzige Reporterin in Postlow. Am nächsten Morgen jedoch eilten Journalisten von überall her in das Rekorddorf. Sogar Journalisten aus Spanien und Russland

riefen mich an und wollten Erklärungen für die Wahlergebnisse. Der Rummel hielt ein paar Tage an. Dann waren Postlow und Bargischoh wieder vergessen. Der NPD-Politiker Michael Andrejewski lebt seit Herbst 2006 nicht mehr von Hartz IV, sondern bezieht eine Diät als Landtagsabgeordneter. Als erster Landespolitiker eröffnete er ein Bürgerbüro in Anklam. Als ich 2009 für das Sachbuch „Heile Welten. Rechter Alltag in Deutschland“ wieder in Ostvorpommern recherchierte, wurde gerade der Postlower Gemeinderat neu gewählt. Erstmals zog der Neonazi Ralf Städing als parteiloser Kandidat in das Dorfparlament ein. Von mir auf den Neuling im Gemeinderat angesprochen, äußerte sich der Bürgermeister von Postlow voller Anerkennung: „Der fragt nicht lange: Wo er gebraucht wird, da geht er auch hin – ohne Wenn und Aber.“ Der junge Mann habe einen „sehr guten Draht zu den Jugendlichen im Ort“ und setze sich für deren Anliegen ein. Für diese Personalie interessierte sich nicht mal mehr die Lokalpresse.

Astrid Geisler, 37, ist Reporterin im Recherchessort der tageszeitung (taz). Ihre durch ein Stipendium des „Netzwerks Recherche“ und der Otto-Brenner-Stiftung geförderte Reportage „Das vergessene Land“ wurde mit dem Theodor-Wolff-Preis ausgezeichnet.



MICHAEL JÜRGS, PUBLIZIST:

Netzwerk Recherche ist ein Gegenmodell zum nicht eingetragenen Verein Netzwerk Recherche-kosten sparen. Es ist gleichzeitig ein kostengünstiges Fortbildungswerk für junge und für alte Journalisten, die daran glauben, dass sich die Welt durch Recherchen, gern auch Enthüllungen genannt, verändern lässt – und wie man das am besten von Fall zu Fall anstellt.

KUNO HABERBUSCH, NDR:

Klar, Recherche gab es schon vor der Gründung unseres Netzwerks. Und vielleicht hätten sich all die Recherche-Pools von BILD, SZ, Stern, NDR und vielen mehr auch ohne uns gegründet. Wir sollten uns nicht so wichtig nehmen. Aber es ist ermutigend und motivierend, dass über Recherche geredet und gestritten wird, dass sich der Begriff fest etabliert hat. Darauf kann netzwerk recherche stolz sein – zumindest ein bisschen. Aber es gibt noch genügend zu tun: Der Kampf gegen die zunehmende PR im Journalismus, für die Ächtung von Presserabatten, für eine bessere Bezahlung von Recherche. Das netzwerk recherche bleibt also auch weiterhin wichtig.

Impressum

Herausgeber:

netzwerk recherche e. V.

Josetti-Höfe

Rungestraße 22-24

10179 Berlin

Geschäftsstelle

Geschäftsführer:

Günter Bartsch

Tel 030 51632378

Mobil 0163 3736139

Fax 032 224126035

info@netzwerkrecherche.de

<http://www.netzwerkrecherche.de/>

Konzeption und Redaktion:

Thomas Schuler, Markus Grill

Gestaltungskonzept & Artwork:

© Nina Faber de.sign, Wiesbaden

Druck:

Buch- und Offsetdruckerei H. Heenemann, Berlin

2012

Spendenkonto:

netzwerk recherche

Konto-Nr. 69863

BLZ 37050299 (Kreissparkasse Köln)

IBAN: DE54370502990000069863

BIC: COKSDE33XXX

Dokumentationen



Die Dokumentationen

**nr-Werkstatt:
Fact-Checking**

**nr-Werkstatt:
Online-Journalismus**

**nr-Werkstatt:
Getrennte Welten?**

**nr-Werkstatt:
Presserecht**

**nr-Werkstatt:
Recherche reloaded**

können kostenfrei gegen einen adressierten und
ausreichend frankierten Rückumschlag (DIN C4 oder C5,
1.45 Euro) beim netzwerk recherche bezogen werden.
netzwerk recherche
Postfach 580507, 10414 Berlin

www.netzwerkrecherche.de
info@netzwerkrecherche.de





Netzwerk recherche

GÜNTER WALLRAFF, PUBLIZIST:

Zwei Daumenschrauben quälen investigative Journalisten und machen eine Einrichtung wie das „netzwerk recherche“ nötig. An der einen drehen Justiz und einschlägige Medienanwälte. An der anderen Daumenschraube drehen Medieneigentümer inklusive öffentlich-rechtlicher Anstalten. Verdummung, Bespaßung, Infotainment und Tititainment – für harte Enthüllungen fehlt es den Verantwortlichen an Geld, Zeit und Überzeugung. Jede gelungene investigative Geschichte lockert die Daumenschrauben. Danke netzwerk recherche.